

27 | September 1976

Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 3 Verstaatlichter Betrieb will Belegschaft entlassen
- 4 Kapitalismus oder Kapitalismus
- 5 Besser ein ÖVPLer
- 7 Gesamtschule
- 8 K. u. K. Volksgruppengesetz anno 1976
- 20 Sozialismus ist Arbeitermacht und Demokratie
- 26 Was geschah und was geschehen wird... wenn nichts geschieht

10 Wochen Arena

Die Wünsche der Gemeinde, daß sich das Ganze totlaufe, sind nicht erfüllt worden. Was wurde uns nicht alles prophezeit: Die Selbstverwaltung führe doch nur zur Anarchie, oder die politischen Gruppen oder Parteien würden die Arena für sich vereinnahmen, unsere Utopien eines freieren und solidarischeren Lebens würden bald in Resignation umschlagen, sogenannte Randgruppen würden Zwietracht säen, das kühlere Wetter würde unser Engagement untergraben. Bestimmt gab es viele Leerläufe. Manchmal glich das Plenum einem Chaos. Die Trennung von Publikum und Akteuren ist noch nicht aufgebrochen worden. Mit neuen Leuten Kontakt zu schließen ist auch nur ein wenig leichter als in der sonstigen vereinsamenden Welt. Das alles beweist aber nicht etwas Irreales unserer Hoffnungen, sondern die enormen gesellschaftlichen und bewußtseinsmäßigen Schranken, welche die ständigen Bevormundungen in der Arbeit, Freizeit, Familie und Politik erzeugen.

Die Gemeinde will

Ginge es nur um eine größere kulturelle Spielwiese, so würde wahrscheinlich ein Teil der Gemeinde bald darauf einsteigen. Sie müßte dabei zwar offensichtlich einen Rückzieher machen, aber das dazugewonnen Prestige bei der Jugend gliche das für sie in ihrer Einschätzung bei weitem aus. Selbst dieser verständnisvollere Teil ahnt, "Schrecklicheres". Die

Arena-Bewegung wird sich mit einem größerem Z-Club nicht zufrieden geben.

Wir wollen

Wir wollen das Programm festlegen, wir wollen über die Finanzen selbst bestimmen, wir wollen Räume haben,

schiedene Künstlergruppen suchen dort eine solche Praxis, die ihnen in Familie, Schule und Beruf oder in sonstigen "offiziellen Interessensvertretungen" erschwert wird, Wir alle brauchen nicht eine von oben gnädigerweise genehmigte Stätte. Wir wollen unser Leben in größtmöglicher Freiheit selbst definieren. Wir wollen



in denen wir lesen und reden können, ohne daß wir zur Konsumation gezwungen werden. Wir wollen in Diskussionen Stellung zu verschiedenen Ereignissen beziehen und uns überlegen, wie wir dabei praktisch tätig werden können. Sozialarbeiter, Lehrer, Lehrlinge, Schüler, Kinder und ver-

keinen Einstieg in das offizielle Kulturleben. Wir verzichten darauf in Jubelstürme auszubrechen, wenn jemand zehn Jahre lang seine ganze

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ... man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen – bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT / 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ – Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Einzelpreis: S 5,-
Abonnement: S 50,- (jährlich).

Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien.

Zeit darauf ausrichtet, um einen Ton besonders schön zu singen oder wenn ein Schauspieler ganz lebensecht einen vom Schicksal Gezeichneten darstellen kann. Unsere Kultur ist billiger, sie ist lebensnäher, kämpferischer, sie benötigt keine langjährig ausgebildeten Spitzenkünstler. Sie ist laienhaft, widersprüchlich, kein Ruhekitzel sondern ein ständiger Prozeß.

Der wirkliche Gegensatz zwischen uns und dem konzilianteren Teil der Gemeinde drückt sich nicht so sehr in unterschiedlichen rechtlichen und räumlichen Vorstellungen aus. Wir wollen andere Inhalte. Die Gemeinde fordert von uns rechtlich Verantwortliche. Sie will ein genaues Modell der Organisation und der Finanzierung präsentiert bekommen. Wir werden gewisse Kompromisse machen müssen. Die Zeit arbeitet für die Gemeinde, wir müssen uns gegen die Hinhaltetaktik wehren. Irgendeine Form der Vereinsbildung und der damit rechtlich kompetenten Personen wird es wahrscheinlich bald geben. Eine Vereinsbildung an sich bedeutet noch keine Institutionalisierung. Die Gemeinde soll für ausreichende sanitäre elektrische und heizungstechnische Anlagen sorgen. Weiter soll sie ohne Auflage eine bestimmte Summe zur Finanzierung von Programmen, Kursen, Publikationen und so weiter zur Verfügung stellen. Wie wir unser Komitee wählen, wie wir die Programme bestimmen, welches unsere längerfristigen Ziele sind, ob wir Leute anstellen, ob dort Leute wohnen sollen, welche Interessensgruppen tätig sind, wie wir die Hallen adaptieren. All das kann nicht Gegenstand der Verhandlungen mit der Gemeinde sein. Die Diskussionen über diese Themen können nie abgeschlossen sein, man wird aus selbstgemachten Erfahrungen lernen. Unsere Ansprüche müssen wir erst formulieren. Uns wird sicher vorgeworfen, wir könnten nicht einmal sagen, was wir wollen. Das stimmt, zum Teil können wir heute eher sagen, was wir nicht wollen und wir können sagen, daß alle Initiativen der Gemeinde auf diesem Gebiet genau dem entsprechen, was wir nicht wollen! Diese selbstkritische Haltung unsererseits entstammt keiner Unfähigkeit oder Angst. Sie resultiert aus der Einsicht, daß Selbstverwaltung ein Lernprozeß ist.

Unsere Stärke: Selbstverwaltung

Einer an den "reibunglosen" Ablauf von Parteikongressen oder Gewerkschaftstagen Gewöhnter wird sicher unsere Plena als ineffektiv und chaotisch bezeichnen. Da ist nicht schon am Anfang klar, was beschlossen und wer gewählt wird, da reden die Leute ohne die bekannten rhetorischen Tricks, sehr viele machten in den Arena-Plena das erste Mal mit dem Mikrofon Bekanntschaft. Die Diskussions- und Entscheidungsstruktur der Arena ist noch kein optimaler Ausdruck von Selbstverwaltung, aber sie ist eine ausgezeichnete Schule in dieser Richtung. Wie sich in den letzten Wochen herausstellte, muß eine langwierige Sach- und Personaldiskussion keinen Abbruch der inneren Solidarität bedeuten. Ein Vertrauen untereinander und in eine gewählte Führung entsteht nicht nur durch die "besseren Argumente", sondern aus der Bereitschaft gegenüber niemandem bevormundend zu wirken und im Eingeständnis nicht Lehrer sondern ein Teil der Bewegung zu sein.

Nun besteht ein Komitee, das mit Ausnahme der KPÖ-ler unter den Arenabesetzern unumstritten ist. Vorher herrschte zwei, drei Wochen lang ein Zustand des Mißtrauens. Der Leitungsausschuß funktionierte kaum. Viele Fragen – wie Sinn einer Führung überhaupt, oder Verhältnis Arbeitsgruppen, Plenum, Komitee waren offen. Man hätte mit Fraktionieren und Demagogie trotzdem sicherlich ein Leitungsgremium zustandegebracht, aber mit dem Preis der Liquidierung von Basisdemokratie und mit dem Preis des ständigen Mißtrauens.

KPÖ:

Stellvertreterpolitik

Die "Volksstimme" schreibt seit einigen Tagen nicht mehr euphorisch über die Arena. Die der KPÖ nahe stehenden Leute wurden nicht in das neue Komitee gewählt. Obwohl viele von ihnen sehr aufopferungsvoll für die Arena engagieren, ließen sie es sich doch nicht nehmen, Partepolitik zu betreiben. Die meisten begründeten die

Fortsetzung S 28

Verstaatlichter Betrieb will Belegschaft entlassen

Ein Grossteil der Belegschaft befand sich auf Urlaub. In dieser Zeit sollte endlich der lang geplante Coup gelingen. So dachten es sich die Manager des verstaatlichten Konzerns VMW Ranshofen-Berndorf. Die etappenweise Stilllegung von Möllersdorf sollte mit einem Transfer von einem Glühofen und zwei Drehbänken in das konzerneigene Werk Amstetten eingeleitet werden. Die Arbeiter und Angestellten wurden von dieser Absicht nicht informiert. Im Gegenteil: Manager und Sektionschefs beteuerten bis vor kurzem, dass Möllersdorf in diesem Jahr nicht auf der Tagesordnung stünde.

Die Betriebsräte und die Belegschaft wurden vorsätzlich getäuscht. Ebenso ist es als ein übler Trick zu bezeichnen, als die VMW-Bosse ihre überfallsartige Aktion mit vorhandenen Ersatzarbeitsplätzen rechtfertigten. In Berndorf wurden in den letzten Jahren selbst nicht wenige Arbeitsplätze wegrationalisiert.

Ein Drittel der Belegschaft konnte kurzfristig mobilisiert werden. In einer Urabstimmung wurde beschlossen, das Werk zu besetzen und die Demontage zu verhindern. Nach einigen Tagen bequemte sich die Konzernleitung den Abtransport der Maschinen zumindest bis Ende des Betriebsurlaubs zu verschieben. Die Auseinandersetzungen sind aufgeschoben worden.

Für den Herbst wird aber nicht mit einem sozialeren Denken der Manager zu rechnen sein. Sie haben in einem stillen Kämmerlein einen Plan für eine "wirtschaftlichere" Produktion ausgeheckt, den wollen sie durchziehen. Sie meinen, dass der Fortschritt und die Konkurrenzfähigkeit des Konzerns nicht engstirnigen Interessen von 250 Beschäftigten geopfert werden können.

Die Vorstandsbezüge von 16 x jährlich 70.000 S fördern sicherlich solche verständnisvolle Überlegungen. Sollen doch die Arbeiter schlechter bezahlte Posten annehmen und eine Stunde mehr Fahrzeit verwenden oder gar eine zeitlang arbeitslos sein.

Es ist unbestreitbar, dass Standort und Betriebsgrößenfragen für wirtschaftliches Wachstum bedeutsam sind und dass weniger produktive und konkurrenzfähige Unternehmen längerfristig auch nicht dem Wohl der Arbeiterschaft dienen.

Ebenso unbestreitbar ist, dass Rationalisierungsmassnahmen auf Kosten der Arbeiter für diese untragbar sind. Sie leisten individuell nicht weniger als in wachstumträchtigeren Betrieben. Sie können auch nichts dafür, wenn plötzlich die Nachfrage für die von ihnen erzeugten Waren sinkt und der Betrieb deshalb Verluste macht. Die Arbeiterschaft verursacht nicht die Nachfrageschwankungen oder Produktivitätsunterschiede. Sie ist von der Investitions- und Preispolitik der einzelnen Betriebe ausgeschlossen und bei der staatlichen Wirtschaftspolitik ist sie auch höchstens indirekt und formal beteiligt. Von den Entscheidungen ausgeschlossen zu sein, aber die eventuelle Verantwortung für die Auswirkungen der Entscheidungen zu tragen, das ist das Los der unselbstständig Beschäftigten in der "freien Marktwirtschaft!"

Die Chefs der VMW muten das auf besonders unverschämte Weise den Arbeitern von Möllersdorf zu. Man sollte denken, dass es in einem verstaatlichten Betrieb möglich sein müsste, die Belegschaft wenigstens zu informieren und Rationalisierungen nicht so eigenmächtig und arbeiterfeindlich zu gestalten. Wenn es stimmt, dass eine Zusammenlegung der Buntmetallverarbeitung von Möllersdorf und Amstetten kostengünstiger und zukunftssträchtiger ist (was bisher nach den mässigen der Öffentlichkeit zugänglichen Berechnungen nicht so eindeutig ist) dann ist es die Pflicht des Konzerns, den Arbeitern ohne Lohnverlust, ohne Belastung an Fahrzeit und Dequalifizierung des bisherigen Tätigkeitsbereiches Ersatzarbeitsplätze zu schaffen und die Zustimmung der davon Betroffenen für diese Alternative zu erhalten.

Wer sind wirklich die Verlustemacher? Bewegt man sich auf

der Ebene von Zahlen, so trifft der Vorwurf die Geschäftsführung und den Staat. Der Verlust für den gesamten VMW-Konzern beträgt 1975 ca. 400 Millionen S. Im Vergleich dazu, wird der Verlust der Metallwarenfabrik Möllersdorf 1975 ca. ein Zwanzigstel dessen ausmachen. Ranshofen bezahlt für die Elektrolyse den höchsten Strompreis der Welt. Das Auslandsabenteuer von Ranshofen, sich in eine kurzfristig billigere Alu-Hütte in der BRD einzukaufen und verpflichtend eine bestimmte Menge Aluminium zu kaufen, trug während der weltweiten Krise zu unverkaufbaren Lagern bei.

Egal ob die Geschäftsführung unsinnige Abschlüsse tätigt, egal ob die verstaatlichten Elektrizitätswerke hohe Stromkosten verlangen, egal ob eine Krise oder die Konkurrenz zu Rationalisierungen drängt, auszubaden haben es in dieser Gesellschaftsordnung vor allem die Arbeiter und Angestellten. Der Kampf der Möllersdorfer stellt nicht zuletzt diese unmenschliche Logik in Frage.

H. St. ★

**Deine
Versicherungen
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 14 302

Kapitalismus oder Kapitalismus

Der ÖVP fällt auch nichts mehr ein. Stammten ihre früheren Slogans wie das bedrohliche Tierchen "rote Katze", die Schleinzer unterstützenden "jungen Löwen" und der (im Gegensatz zum Juden Kreisky) "echte Österreicher" Josef Klaus noch aus der eigenen Giftküche, so ist ihre neueste Idee, eine Ideologiediskussion unter dem Titel "Freiheit oder Sozialismus" abzuführen, Importware.

Als ÖVP-Obmann Josef Taus am CDU-Wahlparteitag Ende Mai in Hannover erklärte, die "klassenkämpferischen Parolen" und das "utopische System umfassender gesellschaftlicher Planung" der Sozialdemokraten würden den Untergang von Zivilisation, Menschenwürde und persönlicher Freiheit bringen und seine lichtvollen Äusserungen mit dem Ausruf "Aus Liebe zu Europa - CDU" schloss, konnte er sich fast heimisch fühlen: Traf er doch in der Person des CDU-Chefmanagers einen gewissen Gerd Bacher, der noch vor zwei Jahren besonders überparteilicher und unabhängig er ORF-Intendant war. Bacher hatte gemeinsam mit Franz Josef Strauss gegen den um einige Nuancen liberaleren CDU-Generalsekretär Biedenkopf durchgesetzt, den BRD-Wahlkampf unter der Parole "Freiheit oder Sozialismus", also CDU/CSU oder SPD, zu führen.

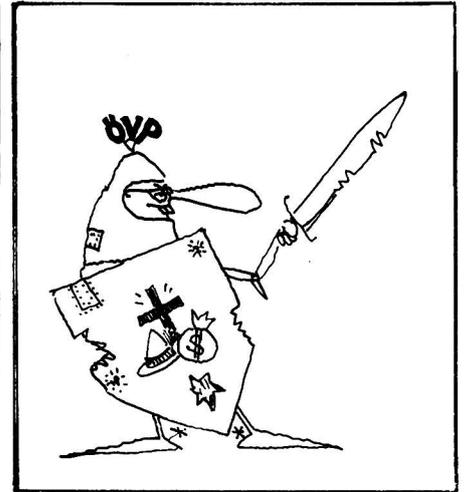
Taus neuem Geschäftsführer Bergmann (auch er noch vor einem Jahr besonders unabhängiger ORF-Intendant für Niederösterreich) kam die Idee seines alten Chefs Bacher gerade recht: hatte doch erst vor kurzem eine Umfrage des Innsbrucker Politologen Pelinka ergeben, dass eine grosse Gruppe von Österreichern der Meinung ist, zwischen beiden Grossparteien gäbe es kaum noch Unterschiede.

Kein Wunder: Auch im vergangenen Jahr sind wieder 93 Prozent aller Gesetze gemeinsam von SPÖ und ÖVP beschlossen worden. Trotz absoluter parlamentarischer Mehrheit sucht die SP stets den Konsens mit der ÖVP und verändert z. B. selbst ihre zahmen Reformvorhaben im Bereich der Justiz bereitwillig nach den Wünschen der Unternehmerpartei.

Nach der Phase, in der die SPÖ die "Modernisierung" und die "Europa-reife" des österreichischen Kapitalismus vorangetrieben hat (ÖIAG-Reform, EWG-Abkommen, Einführung der Mehrwertsteuer, Gewerbeordnungsnovelle, etc.) hat sie sich auch in der Krise dank der Verbundenheit mit der sozialpartnerschaftlichen ÖGB-Spitze als die bessere Regierungspartei für den Kapitalismus erwiesen. Reallohnsenkungen, Tariferhöhungen, Steuergeschenke an die Unternehmer und trotzdem ein grosses Mass an Loyalität zum bestehenden System bei den (mehrheitlich sozialdemokratischen) Arbeitern - das soll ihr doch die ÖVP einmal nachmachen!

Während die SPÖ immer mehr nach rechts rückt, sich von ihrer linken Jugend fortwährend distanziert, was im Ausspruch des grossen Vorsitzenden "Solange ich hier regiere, wird rechts regiert" seinen offenerherzigen Ausdruck fand, versucht die ÖVP, die ihr Monopol auf rechte Politik gefährdet sieht, sich selbst als die verlässlichere kapitalistische Führung zu verkaufen.

So erkennt sie plötzlich, dass Politiker wie Broda, Fischer, Blecha und gar Marsch in Wirklichkeit die "Errichtung einer marxistischen Gesellschaftsordnung in Österreich" wollen, die SPÖ "weit links" steht und die "soziale Marktwirtschaft" gefährdet, kurz, bloss ein unsicherer Zeitgenosse ist. Diese VP-Strategie baut auf eine Umfrage auf, derzufolge die Ausdrücke "sozialdemokratisch" und "sozialistisch" von den Österreichern überaus positiv bewertet werden, die Begriffe "marxistisch" und "kommunistisch" jedoch ziemlich negativ. Was lag da näher für die VP-Strategen, als die "Rote Katze" wieder zu strapazieren?



Dass Begriffe wie "marxistisch" und "kommunistisch" bei der österreichischen Bevölkerung nur Aversion hervorrufen, geht auf das Konto des "realen Sozialismus" der Ostblockstaaten und der KPÖ. Es ist einfach zu billig, das ganze auf die antikommunistischen Medien, die "Hetze" (KP-Jargon) allein zu schieben. Die reale Situation in diesen Ländern, die Entmündigung der Arbeiterklasse dort und die, so ungern wir Kreisky recht geben, wirklich unterwürfige und würdlose Haltung der KPÖ, haben es gemeinsam mit jahrzehntelanger antikommunistischer Berieselung geschafft, dass aus einem stolzen Attribut der Arbeiterbewegung ein negatives Reizwort wurde.

Die Ideologiediskussion wird wohl in dieser Richtung weitergehen. ÖVP-Generalsekretär Busek wird weiter "die Maske der Sozialisten fallen sehen" während gleichzeitig Androsch und Taus Arm in Arm in einem Management-Seminar der "Akademie für Führungskräfte" auftreten. Und um den Verdacht zu zerstreuen, allzu links zu stehen, wird die SP-Spitze ihr linkes Flügelchen verstärkt in die Schranken weisen. Womit die ÖVP auch etwas von ihrer Ideologiedebatte hätte.

P. L. ★

Besser ein ÖVP-ler

Vor der letzten Nationalratswahl glaubte er an einen ÖVP-Wahlsieg und zahlte schnell per Erlagschein 600 Schilling ÖAAB-Mitgliedsbeiträge nach - Um das Geld soll es ihm nicht leid tun, kann er doch in Bälde dennoch mit einem Ministerposten rechnen. Willibald Pahr, Leiter des Verfassungsdienstes im Bundeskanzleramt, jenes Amtes, das jede Regierungsvorlage nach ihrer Verfassungskonformität abklopft, ist vom großen Bruno zum Außenminister erkoren worden. Pahr, ein "moderner Konservativer", wie er sich selbst einschätzt, bietet Kreisky Gewähr, daß dieser selbst in der Außenpolitik federführend bleibt.

Daß in der Diskussion um die Nachfolge von Außenminister Bielka auch Namen wie die des "Presse"-Chefre-

dakteurs Schulmeister und des Verlegers Fritz Molden genannt wurden, ist symptomatisch für die Personalpolitik Kreiskys: Karriere machen unter der SPÖ-Regierung auch die konservativen Bürgerlichen, ob jetzt ÖVP-Mitglieder oder nicht. In den ORF setzte man Oberhammer, den Nationalen In der Maur und den CVer Weis, als ÖIAG-Chef holte sich Kreisky den ehemaligen Burschenschaftler Geist, dem heute noch die Schmisse im Gesicht glänzen; ein

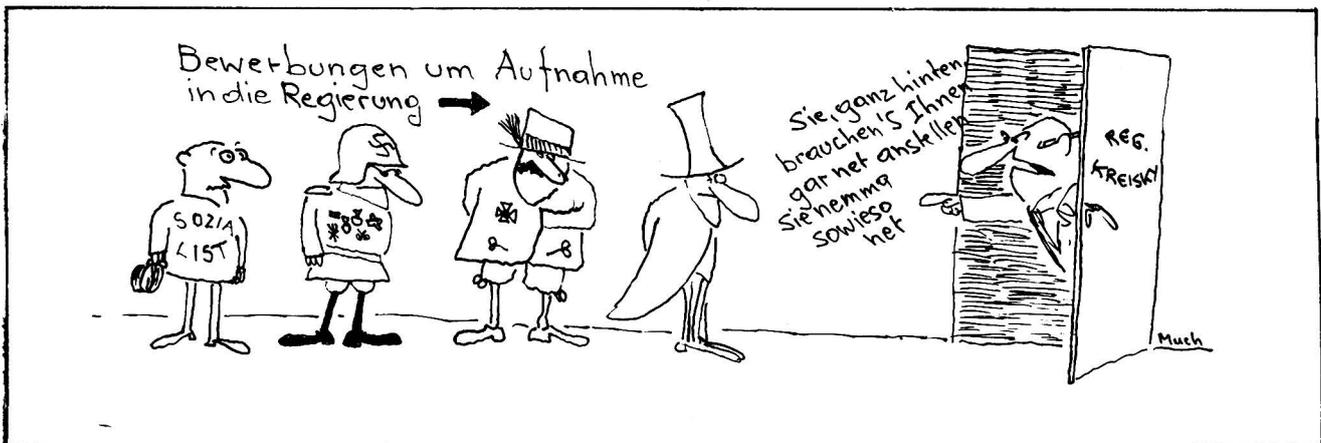
Aristokrat wird Verteidigungsminister und als Landwirtschaftsminister suchte man lange nach einem ÖVP-Bauern und während Bundespräsident Jonas für die Arbeiter noch einen der ihren darstellte, war Kirchschläger wohl Mitglied der ÖVP, nie der SPÖ.

Daß sich die ÖVP darüber ärgert, soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß Kreisky hier (neben seiner sonstigen Politik) eine Große Koalition mit Teilen der Bourgeoisie eingeht und dieses Bündnis dann gegenüber dem linken Parteiflügel als Hindernis für sozialistische Maßnahmen anführt.

Als gegen die ÖVP gerichtete Taktik kann das Ganze vielleicht aufgehen. Allerdings werden durch diese Politik selbst die "sozialistischen" Opportunisten liquidiert, wenn es in Zukunft nicht einmal mehr notwendig ist der SPÖ beizutreten um unter der SP-Ägide politische Funktionen zu bekleiden.

Es ist mehr als zweifelhaft, ob die SPÖ-Mitglieder, die sich brav auf die Ochsentour der Parteiarbeit hochgedient haben, es sich auf die Dauer gefallen lassen, daß der politische Gegner die Frucht einer SP-Regierung einheimst.

P. L. ★



Brückendemokratie

Sollte in absehbarer Zeit die Floridsdorfer Brücke einstürzen, so wäre für Leopold Gratz der Weg zum SPÖ-Parteiohmann und zum Bundeskanzler frei - unter der Voraussetzung, daß dann wieder ein Brückenfestival stattfindet. Denn was hat Androsch einem so popularitätsfördernden Ereignis wie dem Einsturz einer Brücke entgegenzusetzen?

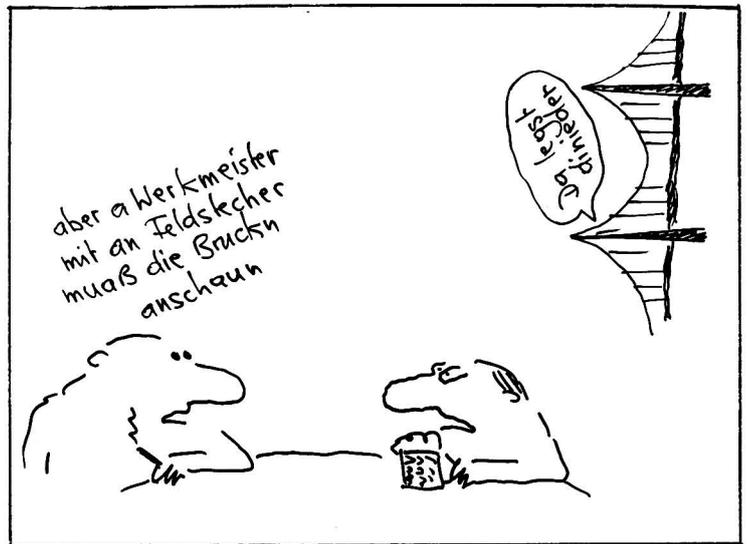
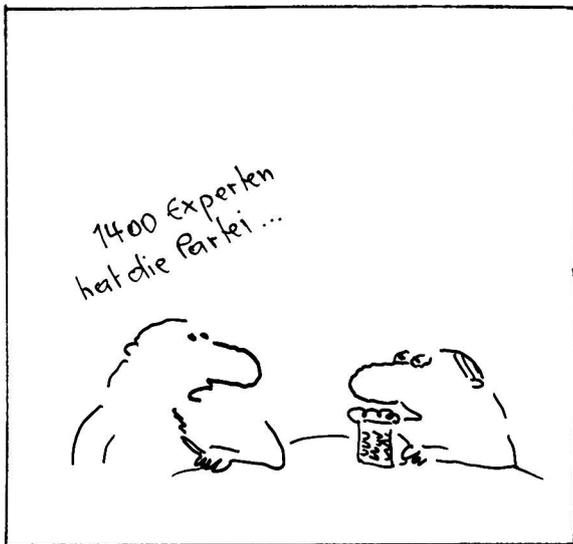
Demokratie und Sicherheit - die Vorgänge rund um den Zusammenbruch der Brücke erlauben einmal mehr, diese erfolgreichen Wahlslogans der SPÖ auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen.

Voll sittlicher Größe und moralischer Anmut bietet Bürgermeister Gratz - bei einer risikoreichen Zweidrittelmehrheit der SPÖ im Rathaus - seinen Rücktritt an. Richtig erhehend muß das gewesen sein, bewegt-dramatisch schildert AZ-Chefredakteur Scheuch am 6. August den schicksalsschwangeren historischen Augenblick, eine Götterdämmerung ist ein Kasperltheater dagegen:

"Das gehört zu den großen und unvergeßlichen Stunden der Wiener SPÖ ... vielleicht wurde es noch nie so deutlich wie in diesen drei Stunden am Donnerstag, mit wel-

chem Ernst diese Partei in entscheidenden Augenblicken sich der Schwere politischer Verantwortung, aber auch der Tatsache bewußt ist, daß ihre größte Stärke in einer überzeugenden Freundschaft von Genossen liegt, die weder mit anbietende Kumpanei noch mit verschworener Gemeinschaft selbst um den Preis der Verantwortlichkeit zu tun hat. ...

... da war nichts gespielt - da war es dem Mann, der das höchste Amt in dieser Stadt innehat und dem die



letzten Tage ein Maximum an Umsicht, Sorge, Aktivität abverlangten, bitter ernst mit der Lösung, die er auf Grund einer von sittlichem Anstand getragenen persönlichen Auseinandersetzung mit dem Problem der politischen Verantwortung (weit entfernt von Schuld) treffen wollte. Und man darf es Gratz glauben, daß es nicht Emotionen waren, die ihn dazu trieben, und schon gar nicht der Wunsch, alles hinzuschmeißen – sondern der Versuch, mit unerbitterlicher Konsequenz das für die Demokratie so gefährliche Argument aus der Welt zu schaffen, daß immer nur den Letzten die Hunde beißen.

...

Und dann brach es aus den Versammelten heraus, und es waren keine Huldigungsadressen und keine Bittgesuche, die da gesprochen wurden, sondern das ernste und oft gar nicht schonungsvolle Gespräch, das man mit dem Freund führt, und das sich in so signifikanten Sätzen artikuliert wie dem: 'Ich sage es mit aller Brutalität: Das kannst du nicht machen!' Und es war kein Zufall, daß so mancher der Teilnehmer den Wunsch aussprach, der Bürgermeister hätte seine Erklärung nie ausgesprochen."

Ja zu Wien, auch wenn es wegen der Unfähigkeit der Rathauspolitiker zur Gänze einstürzt! Das ist wahrer Patriotismus! Unerschüttert steht die SPÖ am Sarg eh nur eines einzigen Menschen, bereit weiter die Verantwortung zu tragen – für die demnächst auftretenden Gasrohrexpllosionen (das Wiener Gasnetz ist in einem völlig desolaten Zustand), bereit, weiter-

hin allen selbstverschuldeten Fehlplanungen furchtlos die Stirn zu bieten, bereit, auch weiterhin allen Lösungen der Verkehrsprobleme mutig aus dem Weg zu gehen! Schließlich liegt die Stärke der SPÖ ja "in einer überzeugenden Freundschaft von Genossen", die sich perfekt ergänzen. Heldenhaft reagierte Bürgermeister Gratz, der sich anstelle seiner Untergebenen von den Scheuch'schen Hunden beißen lassen wollte. Heldenhaft aber auch die Wiener SPÖ, die ihren Bürgermeister vor diesen Hundebissen schützen wollte – wie leicht kann nach so einem Hundebiß ein Glied fehlen ...

"Ich sage es mit aller Brutalität: Das kannst du nicht machen!" Dieser Satz hat literarische Qualitäten, er könnte von Qualtinger stammen, und bei einem Wettbewerb um den lustigsten Satz des Jahres würde er sicher den ersten Preis gewinnen.

Ein Großer aus der Reihe der praktizierenden Dilettanten hat auf dem Landesparteitag ebenfalls einen epochalen Satz gesagt: Reinhold Suttner, politisch nicht unbelastet durch fehlende Milliarden beim Bauring. Er stellte fest: "Die Paarung von Dummheit und Verantwortungslosigkeit kann gefährlich sein." Keine Sorge: Suttner war nicht so sensibel, daß er damit die verknöcherten Strukturen der Wiener SPÖ meinte. Er sprach über die ÖVP. (Das diese Partei – hätte sie die Mehrheit – es nicht besser machen würde, steht auf einem anderen Blatt).

Die überzeugende Freundschaft zwischen Genossen war so brüchig, daß einer gehen mußte. Stadtrat Hofmann,

wohl kaum der einzige Verantwortliche, trat zurück. Die anderen, deren Freundschaft zu Gratz nicht so brüchig war, durften bleiben. Aber auch dieser eine war Benya schon zuviel. Denn wo kämen wir denn da hin, wenn einer, noch dazu ein Gewerkschafter, wegen eines läppischen Brückeneinsturzes samt Totem zurücktreten muß. Wo bleibt denn da die Solidarität? Auf dem Landesparteitag hat Benya es dann ausgesprochen und die wahren Schuldigen entdeckt: eine Schweinerei war das, ein Kesseltreiben verantwortungsloser Journalisten gegen einen biederen Floridsdorfer. Fluch, dreimal Fluch den Journalisten, denn sie sind die Feinde des ÖGB! "Sie werden uns peitschen, weil sie uns hassen ... wir haben uns jagen lassen ... seien wir vorsichtig, denn sonst schießen sie einen nach dem anderen ab", und zum ersten Mal in seinem Leben verwendet Benya ein geächtetes Wort: "Das ist ein teuflisches Spiel, das im kapitalistischen System üblich ist."

Wumm! Da haben wir es! Kapitalismus ist, wenn eine Brücke einstürzt, die Presse darüber berichtet und ein Stadtrat gehen muß! Hatte Gratz Hofmanns Rücktritt noch mit dem sittlichen und moralisch fundierten Verantwortungsgefühl eines Sozialisten in einem öffentlichen Amt begründet – ohnehin ein Hohn bei den verrotten Strukturen dieser Partei –, so muß laut Benya lebensgefährdenden Unfähigkeit selbstverständlich gedeckt werden. Daß ein Politiker wegen schwerster Versäumnisse zurücktritt, ist für ihn nicht mehr verständlich – Herr Karl, schau oba! (Auf einer anderen Ebene liegt das Problem, daß bei solchen Anlässen dann immer der Schwächste geopfert wird.)

Die Forderung nach Hofmanns Rücktritt heißt dann in Benyas Terminologie und Demokratieverständnis "Abschießen" und wird damit als bösartige und destruktive Verfolgung abgetan. Am Ende ist die Brück gar zu fließ eingestürzt, damit die Presse endlich ihr "Kesseltreiben" gegen den armen Hofmann starten könne?

Ein schönes Lehrstück in Demokratie,

Gesamtschule

In Österreich laufen seit 1970 Schulversuche zur Gesamtschule im Bereich der 10-14jährigen.

An sich gibt es drei Formen:

- 1.) Additive Gesamtschule: Räumliche Zusammenfassung von Hauptschule und allgemein bildender höherer Schulen unter gemeinsamer Leitung soll Übertrittsmöglichkeiten der Kinder in die allgemein bildende höhere Schule erleichtern.
- 2.) Orientierungsstufe: 5. und 6. Schulstufe werden ohne Trennung in Hauptschule und allgemein bildende höhere Schule zusammengefasst.
- 3.) Integrierte Gesamtschule: Hier gibt es mehrere Varianten:
 - .) Streaming: Nach undifferenzierter Eingangsperiode entstehen drei verschiedene Leistungsgruppen in Deutsch, Mathematik und Englisch.
 - .) Setting: Nach undifferenzierter Eingangsperiode zunächst nur zwei Leistungsgruppen in Deutsch, Mathematik und Englisch. Einrichtung einer dritten Leistungsstufe erfolgt erst zu Beginn der zweiten Schulstufe.
 - .) Kombinierte Streaming-Setting-Differenzierung: Die Bildung von Basisgruppen erfolgt nach Klassenzugreife.

In der 4. Schulorganisationsnovelle Artikel II heisst es: "Die höchste Leistungsgruppe hat die Aufgabe der allgemein bildenden Schulen und die tiefste jene des zweiten Klassenzuges zu erfüllen."

Hier wird das Dilemma aller Gesamtschulversuche ganz deutlich. Sie bedeuten die Erprobung neuer

Freiheit und Sicherheit, das uns die Wiener SPÖ und Benya da geboten haben. Noch ein Brückeneinsturz, und die SPÖ fordert für mißliebige Journalisten Berufsverbot und für selbstverständlich verhetzte - kritische Bürger Gefängnis. Hatten wir das nicht schon einmal?

E. H. ★

schulorganisatorischer Formen. An den Inhalten, Lehrplänen und Lehrzielen hat sich überhaupt nichts verändert. Die alten Lehrpläne dienen als Grundlage, um eine Vergleichbarkeit der Schulversuche mit dem herkömmlichen Schulsystem zu gewährleisten. Die vielpropagierete Phrase "Chancengleichheit" ist eine reine Augenauswischerei. Die Differenzierung in Leistungsgruppen bewirkt ein viel krasserer Auslese-system und Konkurrenzverhalten als in den herkömmlichen Schulen.

Jeder strebt danach in die beste Leistungsgruppe zu kommen, und um dieses Ziel zu erreichen sind alle Mittel recht. Auf dem hohen Ross sitzend blickt er verächtlich auf die "Unteren" herab. Die anderen wissen, dass sie die Dummen, ewigen Versager sind, die so und so nichts verstehen, lernen, dass Beruf von Berufung kommt und nur wenige berufen sind. Objektiverte Leistungstests sollen die individuelle Leistungsbeurteilung des Lehrers verhindern. Diese vorgegebenen Prüfungen schränken den Handlungs- und Entscheidungsfreiraum für Lehrer und Schüler immer mehr ein. In festgelegten Schemata wird nur etwas eingesetzt oder ergänzt. Der Leistungsdruck verunmöglicht eine bewusste Auseinandersetzung und Infragestellung der Inhalte.

In den herkömmlichen Schulen kann jeder Lehrer individuell Schwerpunkte setzen (Themen, die für den Schüler interessant sind ausführlicher behandeln, andere dafür nur kurz überfliegen), während Versuchsschullehrer das starr vorgegebene Lehrangebot ohne Reflexion bewältigen müssen.

Die häufigen Testbilder für Lehrer und Schüler sind eine permanente

Kontrolle. Die Kinder in der Gesamtschule lernen, dass unsere Gesellschaft eine Leistungsgesellschaft ist und nur der "Flüssige, Strebsame und Unterwürfige" es zu etwas bringen kann. Durch die Leistungsgruppeneinteilung wird der kollektive Klassenverband zerstört. Es herrscht Konkurrenz, Neid und Feindschaft - alle Verhaltensweisen werden angezüchtet, die für das spätere Berufsleben erforderlich sind.

Versuchsschulen müssen Musterschulen sein und deshalb werden sie mit den besten und teuersten Lehrbehelfen ausgestattet. Dies geht aber auf Kosten der "gewöhnlichen" Schulen, die noch immer die überwiegende Mehrheit darstellen. Schulversuche also für wen?

Differenzen kristallisieren sich auch im Lehrkörper heraus - in manchen Gesamtschulen übernehmen Mittelschullehrer nur 1. Leistungsgruppen usw. Einige Mittelschullehrer weigern sich in einer integrierten Gesamtschule zu unterrichten, weil sie in der Stufenleiter, die sie mühselig erklimmen haben, nicht herabsteigen wollen.

Schulreformen, wie sie momentan bei uns praktiziert werden, bedeuten keine Verbesserung, sondern nur eine Anpassung an die gesellschaftliche Mobilität. Die Schule hat ja die Funktion, die Arbeitskraft auszubilden, mit allen Eigenschaften, die dafür notwendig sind (Konkurrenz, Befehlsgehorsam, Autoritätshörigkeit, Kritiklosigkeit, auf eigenen Beinen stehen, Versagen auf sich selbst zurückzuführen, usw...)

Die Schule muss verändert werden, aber nicht formal organisatorisch, sondern vom Inhalt her. Wir halten demnach folgende Forderungen für richtig:

- 1.) Eine einheitliche Schule, die die soziale Situation jedes einzelnen Schülers berücksichtigt. Voraussetzung dafür ist eine gemeinsame pädagogische Ausbildung aller Lehrer, die durch verschiedene fachliche Ausbildung erweitert wird. Wenn sich die Lehrer als Einheit sehen, werden sie auch Schüler aus unterschiedlichen sozialen Schichten einheitlich zusammenfassen können.

2.) Schüler sollen sich ihrer Situation und der sich daraus ergebenden Probleme (die ebenso Lehrer und Eltern betreffen) bewusst werden - sie artikulieren lernen - und dadurch auch befähigt werden, den Systemzusammenhang zu erkennen. Sie sehen somit, dass eigene Bedürfnisse berechtigt sind und nicht der "Institution Schule" zum Opfer fallen dürfen (Bedürfnisse wie: Bewegungsdrang, angstfreie Kommunikation zwischen Schülern und Lehrern, freie schöpferische Betätigung, die nicht sofort als Leistung bewertet wird. Lernen nicht aus Zwang

sondern aus Interesse, Stärkung solidarischen Verhaltens durch gemeinsame Aktionen mit Schülern und Erwachsenen).

3.) Die veralteten, lebensfremden Lehrpläne und Inhalte müssen durch lebensnahe und praxisbezogene nicht starr vorgegebenen Unterrichtshilfen (die die oben angeführten Bedürfnisse der Kinder berücksichtigen) ersetzt werden.

4.) Auflösen der starren Jahrgangsklassen in mobile Interessensgruppen.

5.) Öffnung der Schulen für Aktivitäten, Veranstaltungen der Schüler ebenso wie für die von Lehrern und Eltern. (Dichterlesungen, Musik, Theater, Film, Diskussion...)

6.) Förderung aller Einrichtungen, die soziales Leben in der Schule erst ermöglichen. Bibliothek, Druckerei für Schülerzeitungen, Café, Öffnung des Turnsaales, des Schulgartens, freier Zugang für die Schüler und Lehrer zu allen Schuleinrichtungen.

Lehrergruppe der
Bewegung für Sozialismus (föj)



Vom Völkerkerker zum Minderheitenkerker

K.u.K. Volksgruppengesetz anno 1976

Nach längerem Bauchweh und einigen Geplänkeln wurde nun am 5.8.1976 das Bundesgesetz vom 7.7.1976 über die Rechtsstellung von Volksgruppen in Österreich (Volksgruppengesetz) herausgegeben. In Kraft tritt dieses Bundesgesetz erst am 1.2.1977, damit die notwendigen Verordnungen kundgemacht und die notwendigen Maßnahmen einschließlich der "vorgesehenen Herstellung des Einvernehmens mit dem Hauptausschuß des Nationalrates" (§ 24 Abs. 2) getroffen werden können.

Beim Durchlesen dieses ungeliebten Gesetzes fällt auf, daß besser von einer Unrechtsstellung von Volksgruppen gesprochen werden sollte. Rechte werden den Volksgruppen kaum eingeräumt, eher ihr Lebensraum genau festgelegt. Es zeigt sich darin wie begrenzt und beengend die Vorstellungen unserer Gesetzgeber sind, welche Rechte und Möglichkeiten Volksgruppen haben sollen.

Zuerst klingt der Gesetzeswortlaut noch recht manierlich:

"Die Volksgruppen in Österreich und ihre Angehörigen genießen den Schutz der Gesetze; die Erhaltung der Volksgruppen und die Sicherung ihres Bestandes sind gewährleistet.

Ihre Sprache und ihr Volkstum sind zu achten." (§ 1 Abs. 1)

Fragt sich nur wie die Sicherung des Bestandes der Volksgruppen gewährleistet ist, wenn selbst die Volksgruppen, die bekannt und deren Rechte im Staatsvertrag vom 15.5.1955 festgehalten sind, um ihr Überleben als Volksgruppe kämpfen und sich selbst erst einmal statistisch nachweisen müssen. Bisher wurden die Möglichkeiten zur Erhaltung und Sicherung von Volksgruppen systematisch eingeschränkt. Zum Beispiel dadurch, daß in den Gebieten wo "Minderheiten" vorhanden sind, nicht automatisch alle Kinder in beiden Sprachen unterrichtet wurden, sondern extra eine Anmeldung hierzu notwendig war. Kinder, die für den nichtdeutschen Sprachunterricht angemeldet wurden, wurden gegenüber anderen benachteiligt. Ergebnis: mit der Zeit erfolgten immer weniger Anmeldungen. Bald konnte somit die Sprache der Volksgruppe aus den Lehrplänen der Schulen der entsprechenden Landesteile gestrichen werden. Wie es mit der Achtung von Volksgruppen bestellt ist, davon kann sich jeder überzeugen, z.B. daran wie "liebenswert" alle jene benannt werden, die nicht deutsch sprechen. "Tschusch" etc.

Wann wird von Volksgruppen gesprochen

"Volksgruppen im Sinne dieses Bundesgesetzes sind die in Teilen des Bundesgebietes wohnhaften und beheimateten Gruppen österreichischer Staatsbürger mit nichtdeutscher Muttersprache und eigenem Volkstum." (§ 1 Abs. 2)

Ist also einer Gruppe von österreichischen Staatsbürgern die nichtdeutsche Muttersprache und das eigene Volkstum mit der Zeit auf irgend eine freundliche oder unfreundliche Art durch die Regierenden oder durch Gruppen österreichischer Staatsbürger mit deutscher Muttersprache ausgetrieben worden, braucht nicht mehr von einer Volksgruppe gesprochen werden. Wenn also eine Gruppe österreichischer Staatsbürger nur im Bundesgebiet wohnhaft und nicht beheimatet ist, braucht nicht mehr als Volksgruppe angesehen und kann unter den Tisch gekehrt werden. Wer also seinen Heimatort verläßt, gilt nicht mehr als Angehöriger seiner Volksgruppe, da er im neuen Wohnort zwar wohnhaft aber nicht mehr beheimatet ist. Durch die Zerstreung der Angehörigen braucht nicht mehr von einer

Gruppe gesprochen werden. Wozu sonst sollte diese Unterscheidung dienen?

"Das Bekenntnis zu einer Volksgruppe ist frei. Keinem Volksgruppenangehörigen darf durch die Ausübung oder Nichtausübung der ihm als solchem zustehenden Rechte ein Nachteil erwachsen. Keine Person ist verpflichtet, ihre Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe nachzuweisen," (§ 1 Abs. 3)

Dies sollte eigentlich selbstverständlich sein. Außerdem sind im Staatsvertrag Artikel 6: "Menschenrechte" und Artikel 7: "Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten" die Rechtsstellungen und das Verbot der Diskriminierung weitaus besser festgehalten. Trotzdem wurde nicht verhindert, daß sich nach der Unterfertigung des Staatsvertrages der Heimatdienst in Kärnten neu formierte, obwohl im Artikel 7 unter 5. festgehalten ist:

"Die Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, ist zu verbieten."

Die Hetze des Kärntner Heimatdienstes gegen die Slowenen ging vor allem davon aus, daß die alliierten "Besetzer" der "Ostmark" die Einräumung von Rechten für die Minderheiten diktiert hatten, und dies von den deutschsprachigen Kärntnern nicht anerkannt werden müsse. Sie operierten und operieren unter dem Motto: "Traut's euch nur auf euer Recht zu bestehen". Es ist zwar die Möglichkeit genommen, wie zur Zeit des Nationalsozialismus, mißliebige Slowenen in KZ's zu ermorden, aber es gibt anderes.

Seither wird den Slowenen nahegelegt Selbstmord zu begehen, wenn auch "nur" kultureller. Wie dies vor sich geht, kann vielleicht dadurch sichtbar gemacht werden, indem man sich vorstellt, daß z. B. in Wien keiner mehr in der Öffentlichkeit wienerisch sprechen könnte ohne angepöbelt zu werden. Daß man vom Schaffner, Polizisten oder wer sonst gefragt wird, keine Antwort bekommt. Man spricht folglich nur mehr im Familienkreis in seiner Muttersprache, unterläßt dies aber mit der Zeit, um zu vermeiden, daß die Kinder auffallen und Schwierigkeiten bekommen.



Jetzt ist möglicherweise auch verständlich, warum immer wieder darauf verwiesen wird, daß die Minderheit sowieso immer kleiner wird und "eh ka Recht braucht".

Weiters stellt sich die Frage: Was soll die Zählung der Angehörigen nicht-deutsch sprechender Volksgruppen, wenn keine Verpflichtung für den Nachweis der Zugehörigkeit besteht?

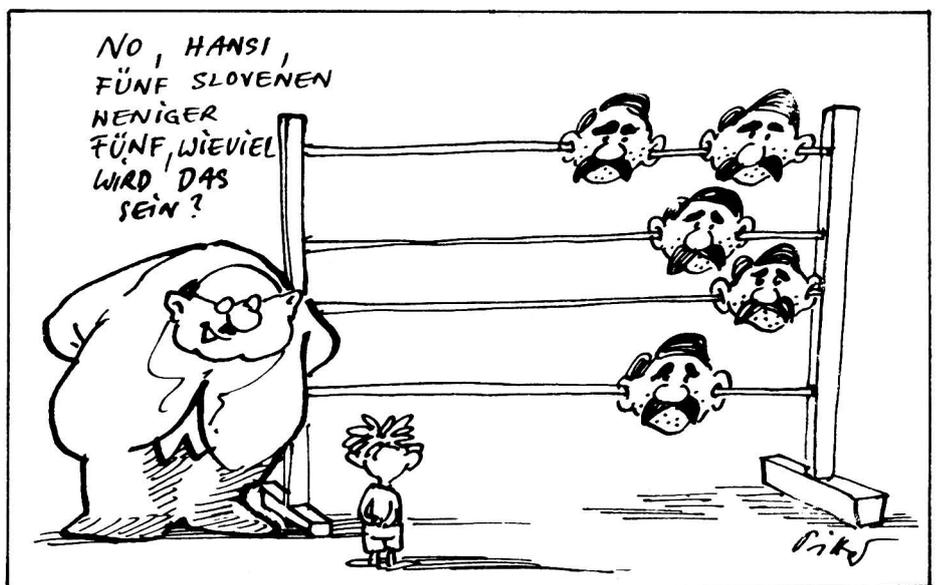
Wer soll Einfluß haben

Natürlich sollen nur die obersten Behörden Einfluß auf die Feststellung haben, wer, wie, wo und in welcher Zahl Volksgruppen und deren Angehörigen vorkommen können und dürfen. Darum heißt es weiter:

"Durch Verordnung der Bundesregierung im Einvernehmen mit dem

Hauptausschuß des Nationalrates sind nach Anhörung der in Betracht kommenden Landesregierung festzulegen:

1. Die Volksgruppen, für die ein Volksgruppenbeirat eingerichtet wird, sowie die Zahl der ihm angehörenden Mitglieder.
2. Die Gebietsteile, in denen wegen der verhältnismäßig beträchtlichen Zahl (ein Viertel) der dort wohnhaften Volksgruppenangehörigen topographische Bezeichnungen zweisprachig anzubringen sind.
3. Die Behörden und Dienststellen, bei denen zusätzlich zur deutschen Amtssprache die Verwendung der Sprache einer Volksgruppe zugelassen wird, wobei jedoch das Recht der Verwendung dieser Sprache auf bestimmte Personen oder Angelegenheiten



ten beschränkt werden kann." (§ 2 Abs. 1)

Bei obenangeführten Absatz hat selbst die Verfasser dieses Gesetzes die Angst gepackt, daß den Volksgruppen nicht einmal in diesem beschränkten Rahmen Rechte zugebilligt würden. Sie weisen daher im Absatz 2 dieses Paragraphen hin:

"Bei Erlassung der in Abs. 1 vorgesehenen Verordnungen sowie bei der Vollziehung des Abschnittes III (Volksgruppenförderung) dieses Bundesgesetzes sind bestehende völkerrechtliche Verpflichtungen zu berücksichtigen."

Damit aber nicht vielleicht zuweit mit der Berücksichtigung gegangen wird heißt es dann weiter:

"Darüber hinaus ist auf die zahlenmäßige Größe der Volksgruppe, die Verbreitung ihrer Angehörigen im Bundesgebiet, ihr größenordnungsmäßiges Verhältnis zu anderen österreichischen Staatsbürgern in einem bestimmten Gebiet sowie auf ihre besonderen Bedürfnisse und Interessen zur Erhaltung und Sicherung ihres Bestandes Bedacht zu nehmen. Hierbei sind die Ergebnisse amtlicher statistischer Erhebungen mitzuberücksichtigen."

Erscheint den Behörden die zahlenmäßige Größe einer Volksgruppe zu gering, dann ist es wahrscheinlich nicht notwendig auf diese Rücksicht zu nehmen. Wo kämen wir da hin, wenn auf jede noch so kleine Minderaufgepaßt werden soll?

Wozu Volksgruppenbeiräte

Um aber den "guten" Willen zu zeigen werden Volksgruppenbeiräte geschaffen.

"Zur Beratung der Bundesregierung und der Bundesminister in Volksgruppenangelegenheiten sind beim Bundeskanzleramt Volksgruppenbeiräte einzurichten. Sie haben das kulturelle, soziale und wirtschaftliche Gesamtinteresse der Volksgruppe zu wahren und zu vertreten und sind insbesondere vor Erlassung von Rechtsvorschriften und zu allgemeinen Planungen auf dem Gebiet des Förderungswesens,

die Interessen der Volksgruppen berühren, unter Setzung einer angemessenen Frist zur hören. Die Volksgruppenbeiräte können auch Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Volksgruppen und ihrer Angehörigen erstatten." (§ 3, Abs. 1)

Sehr nett, daß nicht verlangt wird, Volksgruppenbeiräte sollen gegen die Interessen ihrer Volksgruppe vorgehen, und daß sie zur Beratung der die Volksgruppen betreffenden Angelegenheiten herangezogen werden. Ob es was nützt, daß sie reden dürfen und ob auf das Gesagte gehört wird, wird nicht so leicht zu überprüfen sein.

Doch die Beratung der Bundesregierung ist nicht alles, wofür die Volksgruppenbeiräte dienen.

"Die Volksgruppenbeiräte dienen auch zur Beratung der Landesregierungen, wenn sie von diesen dazu aufgefordert werden." (§ 3, Abs. 2)

Werden sie dazu nicht aufgefordert, dann kann man halt nichts machen. Die Landesregierungen werden schon nichts gegen die Minderheiten tun, die ja "den Schutz der Gesetze genießen".

Wer wählt den Beirat und wer kann Mitglied sein

Diese Beiräte werden selbstverständlich nicht von der entsprechenden Volksgruppe sondern von

"der Bundesregierung nach vorheriger Anhörung der in Betracht kommenden Landesregierung auf die Dauer von vier Jahren bestellt." (§ 4 Abs. 1)

Welche Leute da Chancen haben werden, ist nicht schwer vorzustellen, wenn man z. B. an die Aussprüche der diversen kärntner Landespolitiker denkt.

Doch ist im Gesetz auch festgehalten, wer für dieses Amt in Betracht kommen kann. Um nur ja keine Möglichkeit der "proporzmäßigen" Auffächerung zu versäumen und die Institutionalisierung und Bürokratisierung der Volksgruppen voranzutreiben, wird bestimmt:

"Die Anzahl der Mitglieder jedes Volksgruppenbeirates ist unter Beachtung auf die Anzahl der Angehörigen der Volksgruppe so festzusetzen, daß eine angemessene Vertretung der politischen und weltanschaulichen Meinungen in dieser Volksgruppe möglich ist." (§ 3 Abs. 3)

"Die Bundesregierung hat" bei der Bestellung der Beiräte "darauf Bedacht zu nehmen, daß die in der betreffenden Volksgruppe wesentlichen politischen und weltanschaulichen Meinungen entsprechend vertreten sind." (§ Abs. 1)

Und um ja keinen Ärger zu bekommen, ist dann noch ausgeführt:

"Zu Mitgliedern eines Volksgruppenbeirates können nur Personen bestellt werden, die erwarten lassen, daß sie sich für die Interessen der Volksgruppe und die Ziele dieses



Bundesgesetzes einsetzen, zum Nationalrat wählbar sind und die

1. Mitglieder eines allgemeinen Vertretungskörpers sind und die im Hinblick auf ihre Zugehörigkeit zur betreffenden Volksgruppe gewählt wurden oder dieser Volksgruppe angehören oder
2. von einer Vereinigung vorgeschlagen wurden, die ihrem satzungsgemäßen Zweck nach Volksgruppeninteressen vertritt und für die betreffende Volksgruppe repräsentativ ist oder
3. als Angehörige der Volksgruppe von einer Kirche oder Religionsgemeinschaft vorgeschlagen wurden." (§ 4 Abs. 2)

So ist gesichert, daß die jeweilige Regierung sich aussuchen kann, welche Volksgruppenvertreter ihr genehm sind. Sollte ein Vertreter im Interesse seiner Volksgruppe zu der Überzeugung gelangen, daß dieses Bundesgesetz der Volksgruppe nicht entspricht und dies öffentlich bekanntgeben, kann er nicht Mitglied des Volksgruppenbeirates werden. Es kann ja nicht erwartet werden, daß er sich für die "Ziele dieses Bundesgesetzes" einsetzt. Da nützt auch nicht wenn er für seine Volksgruppe repräsentativ ist.

Bundeskanzler als Ersatzkaiser

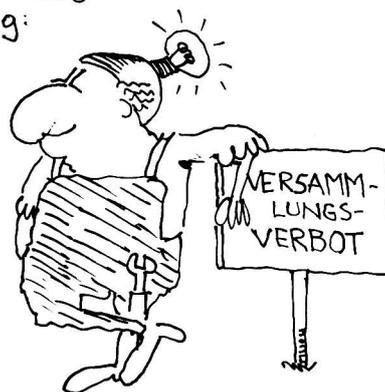
Von sich aus und allein darf der Beirat scheinbar nicht viel. So ist zu lesen:

"Jeder Volksgruppenbeirat wählt aus dem Kreis seiner ... Mitglieder einen Vorsitzenden und einen Vorsitzenden-Stellvertreter. Er ist zu diesem Zweck ... nach Bestellung seiner Mitglieder vom Bundeskanzler zur Konstituierung einzuberufen." (§ 5 Abs. 1)

"Jeder Volksgruppenbeirat gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung des Bundeskanzlers bedarf." (§ 5 Abs. 2)

"Der Volksgruppenbeirat ist vom Vorsitzenden auf Verlangen der Bundesregierung, eines Bundesministers, einer Landesregierung oder eines Fünftels seiner Mitglieder ... einzuberufen..." (§ 5 Abs. 3)

Bruno K. Düsentriebs
neue Erfindung:
löst politische
Probleme,
verhindert
Krisen und
Kriege!



"Hat ein Mitglied eines Volksgruppenbeirates drei aufeinanderfolgenden Einladungen zu einer Sitzung ohne genügende Entschuldigung keine Folge geleistet oder fallen die Voraussetzungen für seine Bestellung weg, so hat dies, nachdem dem Mitglied Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, der Volksgruppenbeirat durch Beschluß festzustellen und dem Bundeskanzler bekanntzugeben. Der Bundeskanzler stellt durch Bescheid den Verlust der Mitgliedschaft zum Volksgruppenbeirat fest." (§ 6 Abs. 1)

"Zur Behandlung von Fragen, die mehrere Volksgruppen gemeinsam betreffen, können die in Frage kommenden Volksgruppenbeiräte auf Einladung des Bundeskanzlers zu gemeinsamen Sitzungen zusammentreten. ..." (§ 7)

Volksgruppen kommt an die Brust des Ersatzkaisers, unserem "Landes-Kreisky" er wird in allen Fragen euer treusorgender "Vater" sein.

Diese Teile des Gesetzes dürften vorerst reichen, obwohl die Abschnitte "Volksgruppenförderung" und "Amtssprache" noch einige Feinheiten bieten würden. Aber aufgrund deren Umfang würde dies zu weit führen.

Österreichs Politiker können stolz sein auf diese Problem "Lösung". Sie entspricht ihnen. Sie erinnert sehr stark an die Vorgangsweise während der Monarchie (Unterscheidung zwischen Herren- und Dienervölker) in diesem Bereich. Die Politik die im Vielvölkerstaat betrieben wurde, war nicht mit Erfolg gekrönt, da die Völker sich diese nicht gefallen ließen.

Die Rechte, die die deutschsprachige Volksgruppe für sich begehrt, haben

auch für die übrigen Volksgruppen zu gelten. Dafür einzutreten würde ein spezielles Gesetz und diverse Verordnungen erübrigen. Wenn aber wie bisher an die Frage der Volksgruppen herangegangen wird, werden die "schönsten" Bestimmungen nichts bringen.

Dabei kann jetzt nur auf die Gegebenheiten für die Slowenen und Kroaten, als bereits lange in Österreich beheimateten Volksgruppen, eingegangen werden. Wie dies mit den eingebürgerten Gastarbeitern aus Jugoslawien und der Türkei, sowie den diversen emigrierten und Staatsbürgerschaft erhaltenen Ungarn usw. ist, müßte **MAN** noch extra beleuchten.

Es zeigt sich besonders in der letzten Zeit, daß versucht wird, bürokratisch die Aufschaukelung der politischen und nationalen Emotionen in Kärnten zu stoppen. Um ja allem aus dem Weg zu gehen, drohen die Behörden damit, z. B. alle Veranstaltungen zu verbieten und verhält sich im "Volksstreit" so neutral wie Frankreich im spanischen Bürgerkrieg. **Dadurch** wird objektiv für die "Deutschnationalen" Partei bezogen. Anstatt daß Österreich die Slowenen, die als Partisanen für die Befreiung Österreichs gekämpft haben, ehrt, überläßt man dies dem jugoslawischen Gesandten, und läßt zu, daß die Geehrten beschimpft werden. Dafür werden Slowenen, die ihrem Unmut über die Enthüllung eines Abwehrkämpferdenkmals kundtun, in Gewahrsam genommen. (Kein Wunder, der Einsatzleiter der Polizei in St. Kanzian ist Mitglied des Kärntner Heimatdienstes.)

Wehe, die Italiener würden so in Südtirol vorgehen, da würden sich die österreichischen "Demokraten" das Maul zerreißen.

O.M. ★

Notizen zum Spanischen Bürgerkrieg

Der Krieg, der im Juli 1936 in Spanien begann und dreieinhalb Jahre gedauert hat, war in seinem Wesen ein Bürgerkrieg, gleichzeitig aber auch ein wesentlicher Teil der internationalen Auseinandersetzung der damaligen Zeit, was seinen Charakter und seinen Verlauf entscheidend beeinflusste. Die inneren wie die internationalen Aspekte des Krieges, bei denen alle politischen und gesellschaftlichen Grundprobleme berührt wurden, erklären den tiefen Einfluss, den der spanische Krieg auf die europäische Arbeiterbewegung ausgeübt hat, ein Einfluss, der auch heute noch spürbar ist.

Es ist über diesen Krieg viel geschrieben worden. Trotzdem ist es nicht leicht, ein abgerundetes Bild, eine ausgewogene Einschätzung zu geben. Denn bei kaum einem anderen Ereignis der Zeitgeschichte waren die inneren Widersprüche so deutlich, war aber auch durch die leidenschaftliche Anteilnahme die Verlockung so gross, die Dinge, je nach Einstellung einseitig zu betrachten. In einem kurzen Artikel kann nur der Versuch gemacht werden, die Widersprüchlichkeit der Ereignisse und Tendenzen, die nur zum Teil spezifisch spanisch, zum grösseren Teil aber allgemeiner Natur waren, zu skizzieren.

Der Krieg war vielschichtig. Er war ein Bürgerkrieg, nicht nur zwischen Faschisten und Antifaschisten. Der Sieg der "Volksfront" bei den Wahlen, bei denen die Stimmen der nicht in der "Volksfront" vertretenen Anarchisten den Ausschlag gegeben haben, brachte eine starke linksbürgerliche Mehrheit im Parlament (159 Abgeordnete linksbürgerlicher und 108 Abgeordnete der Arbeiterparteien). Mit Beginn des Krieges wurden aber die Arbeiterorganisationen tonangebend. Ein Konflikt innerhalb des Konfliktes entbrannte um die Frage, ob man das veränderte innere Kräfteverhältnis im republikanischen Teil Spaniens zur Änderung der Gesellschaftsordnung ausnützen oder bis zum Sieg über den Faschismus den Rahmen der bürgerlich-demokratischen Ordnung beibehalten sollte.

Der Krieg war, wie erwähnt, keine isolierte spanische Angelegenheit. Er fand statt nach der schweren Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933 und angesichts einer wachsenden faschistischen Bedrohung in ganz Europa. Die Kraft des Faschismus lag nicht zuletzt darin, dass er von den sogenannten westlichen Demokratien als Knüppel gegen den Sozialismus angesehen wurde. In Spanien wirkte sich das so aus, dass Frankreich und England auf die deutsch-italienische Intervention mit der Politik der "Nichteinmischung" antworteten. Objektiv und auch subjektiv befanden sich die europäische Arbeiterbewegung und auch die Sowjetunion in der Defensive. In Spanien bestand nun die Chance, durch einen Sieg über den Faschismus, der zugleich auch eine Niederlage des deutschen und italienischen Faschismus gewesen wäre, aus der Defensive herauszukommen. Spanien war auch der Brennpunkt in den Bemühungen, den Faschismus zu isolieren und eine möglichst breite antifaschistische Einheit aufzubauen. Sollte das gelingen - und zu dieser Einheit gehörten auch sozialdemokratische und bürgerlich-demokratische Kräfte - dann erschien es fehlerhaft, die Klassenauseinandersetzungen in Spanien bis zu Ende zu führen, solange der Faschismus nicht geschlagen war. Innerhalb der antifaschistischen Kräfte entstanden durch diese Frage schwere Gegensätze, die zum Teil mit Mitteln ausgetragen wurden, die konterrevolutionären Charakter hatten.

Um die Situation richtig einzuschätzen, muss man aber auch in Betracht ziehen, dass im republikanischen Spanien bis zur Niederlage der Grossgrundbesitz aufgeteilt blieb, die Industrie im wesentlichen verstaatlicht war und Ansätze zu einer Arbeiter-Selbstverwaltung bestanden. Ausserdem wurden die bewaffneten Streitkräfte von den Arbeiterparteien beherrscht. Bei einem Sieg über den Faschismus hätten günstige objektive Bedingungen für weitere gesellschaftsverändernde Schritte bestanden. Die schwerwiegende Frage, welchen Charakter ein sozialistisches System damals in Spanien angenommen hätte, ist damit allerdings nicht beantwortet.

Rolle der Sowjetunion

Sie kann nur beantwortet werden, wenn man die Rolle der Sowjetunion, die damals noch nicht die zweite "Supermacht" war, in Betracht zieht.

Auch ein revolutionärer Krieg kann gegen einen militärisch starken und gut organisierten Gegner nicht ohne Kriegsmaterial, Militärorganisation und militärische Fachkräfte geführt werden. Der Kern der Truppen Francos - die Marokkaner, die spanische Fremdenlegion, die faschistischen Stosstruppen und die deutsche Legion Kondor - war politisch nicht angreifbar, sondern nur militärisch. Nur die Sowjetunion lieferte den Antifaschisten Kriegsmaterial in nennenswerter Menge und sowjetische Flieger, Tankisten und andere Militärspezialisten waren, vor allem in der ersten Phase des Krieges, unentbehrlich. Ohne die Hilfe der Sowjetunion hätte Franco in wesentlich kürzerer Zeit gesiegt. In der letzten Phase des Krieges liess die sowjetische Hilfe nach (was politische Ursachen hatte), doch unbestritten bleibt die Tatsache, dass die Sowjetunion der entscheidende Bundesgenosse der spanischen Republik gewesen ist.

Aber mit den Waffen und Militärspezialisten schickte die Sowjetunion auch politische Ratgeber und Männer des Geheimdienstes nach Spanien. Es war die Zeit der grossen Prozesse in der Sowjetunion, die Massenvernichtung der tatsächlich oder vermeintlichen Gegner Stalins, die Beseitigung der letzten Reste der revolutionären Traditionen des Jahres 1917 und des Bürgerkrieges. Die sowjetischen Ratgeber versuchten das stalinistische System auf Spanien zu übertragen, was nur zum Teil gelang. Aber dieser Teil war folgenswer genug.

Am 17. Dezember 1937 schrieb die "Prawda": "Was Katalonien betrifft, so hat die Säuberung von Trotzisten und Anarchisten begonnen und wird mit derselben Energie ausgeführt wie in der Sowjetunion." Die Trotzisten (allerdings von Trotzky nicht anerkannt) und vor allem die Anarchisten waren ein wesentlicher Teil der spanischen Arbeiterbewegung. Ihre Be-

kämpfung mit den Mitteln des stalinistischen Terrors war politisch verhängnisvoll. So wurde im Juni 1937 der Führer der POUM Andrés NIN, ein antistalinistischer Kommunist, international als Gewerkschafter bekannt und 1936 Justizminister der Volksfrontregierung in Katalonien als "faschistischer Agent" verhaftet und in einem der Gefängnisse des sowjetischen Geheimdienstes in Spanien ermordet. Die Volksfrontregierung sah sich gezwungen, die für sie diffamierende Angelegenheit zu vertuschen.

Aber nicht nur spanische Revolutionäre wurden Opfer des sowjetischen Geheimdienstes. Ihr Schicksal teilten der sowjetische Botschafter in Madrid Rosenberg, der sowjetische Generalkonsul in Katalonien Antonow-Owseenko (1917 Kommandant des Sturms auf den Winterpalast in Petersburg), der sowjetische Handelsdelegierte in Madrid Stachowsky, der Starreporter der "Prawda" in Spanien Kolzow und viele der Militärs, die in Spanien gekämpft hatten.

Anarchisten und Kommunisten

Spanien war das einzige Land Europas mit einer anarchistischen Massenbewegung. Die CNT, die anarchistische Gewerkschaft, zählte 1936 rund eine Million Mitglieder und verfügte zentral über einen Angestellten. Die Kraft der Organisation beruhte auf der Initiative und Aktivität ihrer Grundorganisationen. Die gewaltige Schlagkraft dieser Orga-

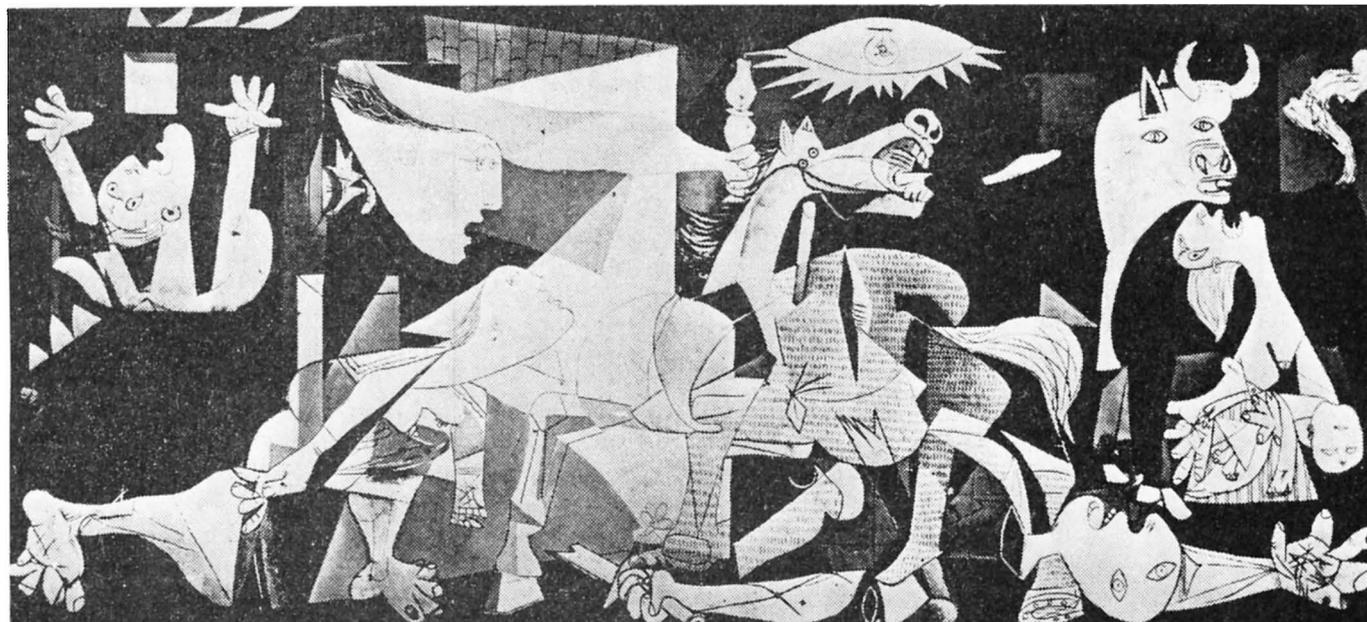
nisationsform, die der anarchistischen Ideologie entspricht, war in grossen Teilen Spaniens, vor allem in Katalonien entscheidend bei der Niederschlagung des Generalsputsches im Juli 1936. Der Nachteil der anarchistischen Organisationsform war allerdings die Schwierigkeit bei der Koordinierung aller Kräfte, die umso fühlbarer werden musste, je länger der Krieg dauerte und das spontane Handeln nicht mehr ausreichte. Der organisierte Anarchismus - er war, es sei nochmals betont, in Spanien keine Sekte, sondern eine revolutionäre Massenbewegung - ist heute weitgehend verschwunden. Dieser Prozess begann schon während des Krieges, als ein Teil der anarchistischen Führer Offiziere oder auch Minister wurde, was den anarchistischen Grundauffassungen widersprach, aber als unvermeidliche Konsequenz des langen Krieges erschien. Das anarchistische Ideal wurde zu einem Opfer des Krieges, mit ihm ging auch - zumindest zeitweise - ein Grossteil der revolutionären Spontaneität verloren.

Die entscheidenden Verfechter der im Krieg notwendigen Koordination und Organisation waren in Spanien nicht die Sozialisten, sondern die Kommunisten. Die Partei zählte zu Beginn des Krieges 30.000 Mitglieder, nach einem Jahr waren es rund eine Million. Entscheidende Teile der republikanischen Armee wurden von der kommunistischen Partei geführt, ihr politischer Einfluss wuchs auf allen Gebieten. Es wird kaum von jemandem bestritten, dass die organisatorische Leistung der Kommunisten - neben

der sowjetischen Hilfe, die ihr zugute kam - entscheidenden Anteil hatte an der Fähigkeit der Antifaschisten, Madrid zu verteidigen und dem Faschismus so lange Widerstand zu leisten. Der sowjetische Einfluss ging allerdings an der Partei nicht spurlos vorüber. Im Juli 1976, vierzig Jahre nach dem Beginn des Krieges, erklärte das führende Mitglied der KP Spaniens Manuel Azcarate, die Partei habe Lehren aus ihren Erfahrungen im Bürgerkrieg gezogen. Vor allem das Eingreifen der Sowjetunion in die spanische Politik und die Erkenntnis, dass für die Sowjetunion wie auch für andere ausländische Mächte die Interessen Spaniens, der spanischen Republikaner, eine geringe Rolle gespielt hätten, sei nicht vergessen. Die Behandlung anderer Parteien, vor allem der Trotzkisten, durch die Kommunisten im Bürgerkrieg sei ein "schwarzer Fleck" auf der Weste der Partei.

Träger des neuen Aufschwungs der spanischen Arbeiterbewegung ist eine Generation, die nicht unmittelbar vom Bürgerkrieg geformt wurde. Aber trotzdem wirken natürlich alte Traditionen und Erfahrungen weiter. Wenn die Synthese gelingt von Internationalismus und Autonomie, von Koordination und Spontaneität, von Organisation und Antibürokratismus - und in den Comisiones Obreras kann man da wichtige Ansätze bemerken - dann wird Spanien der Arbeiterbewegung in ganz Europa starke Impulse geben, wie das auch vor 40 Jahren der Fall war.

L. Spira ★



Pablo Picasso: "Guernica" (gemalt anlässlich einer am 26.4. 1937 von deutschen Bombern zerstörten spanischen Stadt).

Italien

Regierung und PCI

Die Ereignisse der Regierungsbildung in Italien nach den Wahlen vom 20. Juni sind bekannt: Bildung einer Minderheitsregierung der Demokristiani unter Andreotti, Übernahme wichtiger parlamentarischer Funktionen durch die KPI. Die für die Installierung der Regierung notwendige Stimmenthaltung beim Vertrauensvotum im Parlament begründete die KPI mit dem Hinweis, das Regierungsprogramm enthalte neben negativen auch eine Reihe positiver Aspekte und gegenüber dem alten Parlament verstärkte Kontrollmöglichkeit der Regierungspolitik. Ebenso bekannt ist der Tenor der bürgerlichen Kommentatoren: Der von der KPI angestrebte "Historische Kompromiss" sei, auch wenn die Regierungsebene davon nicht betroffen, Realität geworden.

Noch während der Phase der Sondierung allfälliger Koalitionen durch Andreotti gab es einen anderen, viel wesentlicheren Kommentar von BRD-Kanzler Schmidt. Dieser warnte die italienischen Demokristiani vor den Folgen einer Regierungsbeteiligung

der KPI und berief sich dabei auf eine bis dahin geheime Vereinbarung der Spitzen der "freien Welt", derzufolge Italien mit wirtschaftlichen Sanktionen zu rechnen hätte. Nun, die Linke ist über solche Vereinbarungen nicht verwundert, doch einmal öffentlich belegt, wird der Kampf gegen sie erleichtert. Bedenkt man zudem die in Italien von Zeit zu Zeit aktenkundig werdende Tendenz, die Lösung der ökonomischen und politischen Probleme des Landes in einem reaktionären Putsch zu beheben, bestätigt sich die Richtigkeit eines entscheidenden Elements der Linie der KPI: "Das politische Hauptproblem in Italien ist und bleibt mehr denn je, eine breite und organische Verbindung zwischen dem Zentrum und der Rechten, eine breite klerikal-faschistische Front zu verhindern und demgegenüber die gesellschaftlichen und politischen Kräfte des Zentrums auf konsequent demokratische Positionen zu führen." (Berlinguer).

Der "Historische Kompromiss", wie ihn die KPI versteht, ist eben nicht

nur ein Vorschlag für eine neue Regierung oder eine neue Mehrheit mit den Kommunisten, er ist viel mehr eine "Methode der Aktion und der politischen Beziehung". Er ist eine Politik, die Veränderungen der Kräfteverhältnisse zugunsten der arbeitenden Klassen vorantreibt, also eine vertikale Spaltung des Volkes zu verhindern trachtet, eine Spaltung die, gleichgültig ob die Linke mit 45% oder 55% im italienischen Parlament vertreten ist, den Weg Italiens zum Sozialismus wiederum für lange Zeit verschütten würde.

Die Regierungsbildung und auch die Form wie sie zustande kam gibt der italienischen Arbeiterklasse und ihren politischen Repräsentanten die Zeit, die sie brauchen, Zeit, um auf allen Ebenen der Klassenauseinandersetzung in den Betrieben, in den grossen Städten, in den Regionen - jene Keimformen neuer gesellschaftlicher Strukturen, die uns in Österreich so faszinieren, zu entwickeln, auszubauen und damit das, was Sozialismus sein könnte, sein muss, für die grosse Mehrheit des italienischen Volkes zum angestrebten Ziel zu machen.

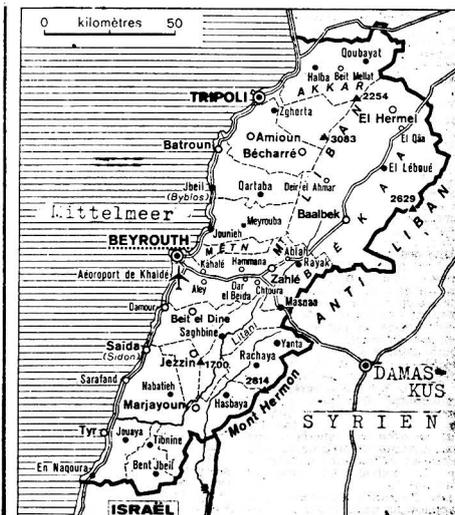
Paul Kolm ★

Libanon:

Syrien, Israel und die USA machen gemeinsame Sache

Die meisten Menschen in Europa und auch die Mehrzahl der Massenmedien haben die syrische Intervention in Libanon als einen Versuch angesehen, die Ordnung wiederherzustellen und die Schlächterei zu beenden, in der, wie behauptet wird, bisher an die 25.000 Menschen getötet worden sind. Dies ist auch das Argument, mit dem sich Syrien rechtfertigt. Wie weit ist es wahr?

Als erstes ist es notwendig, noch einmal in Erinnerung zu rufen und zu unterstreichen, dass zwar die zwei einander gegenüberstehenden Kräfte im Libanon die maronitischen Chri-



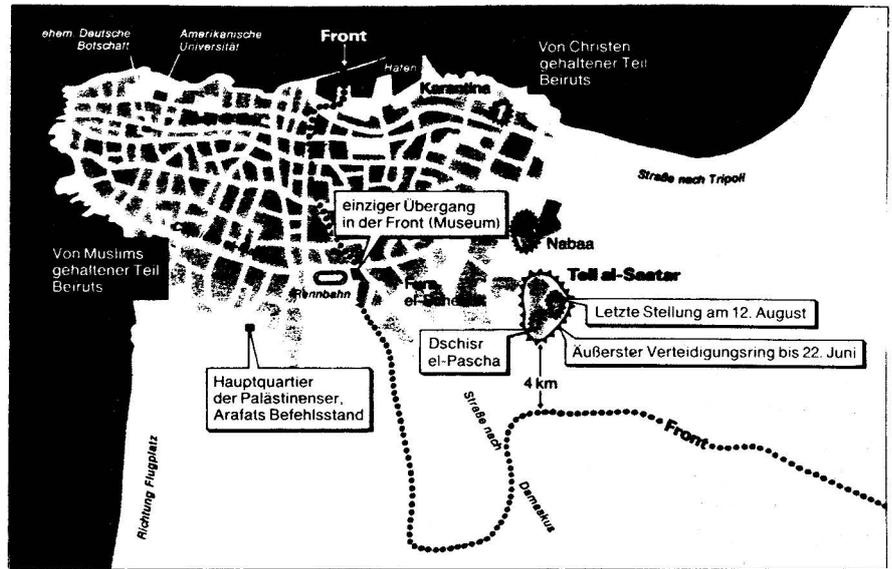
sten auf der einen und die sunnitischen und shiitischen Moslems auf der anderen Seite sind, dass es aber keineswegs um einen Religionskrieg handelt, wie dies jetzt auch von den Syrern behauptet wird. Die Christen bilden eine abscheulich reiche Bourgeoisie, die von den immensen Profiten gelebt hat, welche Beirut eine einseitige Position als kommerzielle und finanzielle Hauptzentrale der arabischen Welt und ihre Funktion als Verbindungsglied zu den industriellen Ländern abwarf. Die Moslems, und vor allem die Shiit-Moslems, haben entweder eine magere Existenz auf dem unterentwickelten Land gefri-

ste, wo die Vorrechte der Landherrscher stärker sind als jedes Gesetz oder sie sind in die stinkenden Slums geflohen, die um Beirut liegen und bekannt sind als "Elendsgürtel".

Zuerst mäßigte Syrien die Christen...

Tatsächlich kann die erste Syrische Intervention 1975 noch als realer Versuch gewertet werden, die Christen zu mässigen und sie dazu zu bewegen, einige der letztlich unlegitim legitimierten Forderungen der Linken auf dem Gebiet sozialer und konstitutioneller Reformen zu akzeptieren. Im April 1975, als die Kämpfe sich vom Süden nach Beirut bewegten, zwang der maronitische Präsident Suleiman Frandschieh den sunnitisch-moslemischen Premierminister Raschid El Sol, zurückzutreten und bestellte eine Militärregierung, was ein eindeutig provokativer Akt war, ist doch die Mehrheit der Offiziere in der Armee Christen. Der damalige syrische Außenminister Abdel Halim Kaddam kam daraufhin nach Beirut, und die Militärregierung war zwei Tage später erledigt. Ein neuer sunnitisch-moslemischer Premierminister namens Raschid Karame übernahm die Regierungsgeschäfte. Ein Komitee für den Dialog wurde gegründet, unterstützt von Syrien.

Die Motive Syriens waren zu dieser Zeit ziemlich klar. Das Sinai-Abkommen zwischen Ägypten und Israel hat Syrien jedweder israelischen Aggression gegenüber geschwächt zurückgelassen, wobei die Möglichkeiten Sadats, wenn es notwendig werden sollte, Syrien zu Hilfe zu eilen zusätzlich dadurch beschränkt waren, daß er gerade von sowjetische auf amerikanische Waffenlieferungen umstellte. Beide, Syrien und die PLO haben das Abkommen kritisiert. Zu dieser Zeit war die PLO nur am Rand in den Bürgerkrieg im Libanon verwickelt. Sie kämpfte nur, wenn ihre Lager angegriffen wurden und war ängstlich bemüht, die Vereinbarungen des Kairoer Abkommens von 1969 einzuhalten, welches der PLO die Kontrolle über ihre Lager sowie ihre bewaffneten Kräfte in allen arabischen Ländern garantierte. Die Falangisten haben dieses Abkommen freilich stets bekämpft.



Ende 1975 jedoch änderte sich die Politik Syriens. Der US-Botschafter Richard Murphy sagte Assad am 16. Oktober, dass die USA Israel zur Zurückhaltung und Mässigung bewegen würden, wenn Syrien im Libanon eine "ausgeglichene" Situation befürwortete. Eine "rote Linie" wurde durch den Südlibanon vereinbart, unterhalb derer syrische Streitkräfte nicht eindringen würden.

...jetzt unterstützt Syrien die Christen

Von da an versuchte Syrien, einen Sieg der Linken im Libanon zu verhindern und setzte dabei drei bewaffnete Formationen ein: die syrische Armee, die arabische Befreiungsarmee und die Saiqua, den von Syrien kontrollierten Flügel der PLO, wobei die zwei letzteren mit syrischen "Freiwilligen" verstärkt wurden. Es folgte dann die Blockade der Häfen Tyre, Sidon und Tripoli durch die syrische Flotte, über die die Linke ihren Nachschub erhielt. Zum von den Christen kontrollierten Hafen Dschunieh wurden Schiffe weiterhin durchgelassen - und das alles mit der aktiven Unterstützung durch die israelische Flotte. Gezielte Attacken wurden auf den Drusenführer Kamal Dschumblatt geritten, den Assad bezichtigte, "ehrgeizig, abenteuerlich und demagogisch" zu sein. Die Libanesischen Linke und die PLO stellten eine Zusammenarbeit zwischen den Syrern, dem Präsidenten Frandschieh und den Falangisten fest. Nach Berichten von Eric Rouleau in LE MONDE (1. bis 5. Juni 1976) wurde ein Geheimpakt vereinbart, wo-

nach die Maroniten die Unterstützung der Syrischen Armee erhielten, zu einem Zeitpunkt, da ihre anderen Freunde, die Amerikaner, Franzosen und Israeli sich weigerten, ihnen zu Hilfe zu kommen. Als Gegenleistung für die syrische Unterstützung versprachen sie Assad, die libanesischen Armee "wiederherzustellen", worauf ein Grossteil der Armee meuterte und zur Linken übergang. Weiters ermunterten die Syrer Frandschieh, an seiner Weigerung zurückzutreten festzuhalten und als dies nichts half, weil Frandschieh die Unterstützung der meisten gemässigten Christen eingebüsst hatte, ersetzten sie ihn mit ihrem eigenen Kandidaten Elias Sarkis.

Rouleau erwähnt ein Mitglied des Falangisten-Politbüros, Karim Pakradouni, der behauptete, dass dies auf einem Treffen zwischen Assad und Frandschieh am 6. Dezember 1975 vereinbart wurde, und dass solche Treffen überhaupt öfters stattfanden, entweder mit Frandschieh oder mit Pierre Gemayel. Die Forderungen der Falangisten waren beinhalten. Sie wollten eine Regierung unter Ausschluss der Linken und ebenso der gemässigten Christen. Assad stimmte zu. Er erlaubte den Falangisten, die Lager der Palästinenser anzugreifen und das Moslem-Viertel von Beirut, Quarantina zu zerstören, gleichzeitig aber setzte er seine eigenen Streitkräfte ein, um die Gegenoffensive der Linken und der PLO zu stoppen.

Dann folgte ein von den Syrern vorgeschlagener Waffenstillstand. Ohne



die Linken im geringsten zu konsultieren, produzierten Assad und Frand-schieh eine 17 Punkte umfassende verfassunggebende Charta unter Beibehaltung des christlichen Übergewichts in der bereits existierenden Verfassung und nahmen ein Zusatzprotokoll an, das die im Kairoer Abkommen von 1969 enthaltenen Bestimmungen beschnitt. So gelang es den Falangisten mit syrischer Hilfe eine militärische Niederlage in einen politischen Sieg umzuwandeln. Der Linken und der PLO blieb keine andere Wahl als weiterzukämpfen, und wieder verloren die Falangisten und wurden auf 18 Prozent der Landesfläche mit etwa der Hälfte der christlichen Bevölkerung zurückgedrängt.

Zu diesem Zeitpunkt hätten Friedensverhandlungen geführt werden können. Manche Falangisten waren gar nicht so glücklich über die Aussicht einer ständigen syrischen Bevormundung. Es gab Treffen zwischen Dschumblatt und Beschir Gemayel, dem Sohn Pierre Gemayels, dem Führer der bewaffneten christlichen Kräfte. Beschir wäre bereit gewesen, 80% des gemässigten Programms der Linken zu akzeptieren. Der jüngst gewählte Präsident Elias Sarkis war eingeweiht. Ein Waffenstillstand und Verhandlungen standen unmittelbar bevor. Nur noch Ort und Zeit waren zu vereinbaren.

Und wieder einmal schaltete sich Assad ein. Dies Angesichts einer wachsenden Opposition zu Hause und zunehmender ökonomischer Probleme. Der Irak hat die Öllieferungen abgeschnitten (diese wurden aber durch Saudi-Arabien ersetzt). Die arabischen Zuwendungen für Syriens Entwicklungsprojekte wurden eingestellt. Die Kommunistische Partei verliess die Regierungskoalition. Hier sollte vermerkt werden, dass Syrien in den letzten Jahren seine Beziehungen zu den USA normalisiert und mit dem Westen den Handel gesteigert hat, durchwegs auf Kosten der Sowjetunion, die die ganze Zeit den Euphrat-Damm finanzierte und Syrien mit Waffen belieferte. Führer der Opposition, wie General Salah Dschedid, wurden eingekerkert. (Der General wurde von Assad seinerzeit geschasst, als er den Palästinensern im "Schwarzen September" 1970 durch eine Intervention Syriens in Jordanien zu Hilfe eilen woll-

te). Dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei wurde der Pass entzogen. Assad ignorierte Angebote von Libyen, Algerien und dem Irak, ihre Vermittlungsdienste in Anspruch zu nehmen auf der Grundlage einer einheitlichen Ablehnung des Sinai-Abkommens zwischen Israel und Ägypten. Es wurde über Meuterei in der Armee berichtet.

Als erstes erneuerte Assad das Mandat für die UNO-Truppen auf den Golanhöhen - ohne irgendwelche Bedingungen an Israel zu stellen. Eine Serie merkwürdiger Zwischenfälle folgte in Beirut. Am 25. Mai 1976 wurde auf den gemässigten Christenführer Raymond Edde ein Anschlag verübt, bei dem er verwundet wurde. Am 27. Mai 1976 wurde die Schwester Dschumblatts ermordet. Am 19. Mai 1976 wurden von einem abtrünnigen Offizier der Linken Streitkräfte auf zwei Christendörfer im Akkar-Gebiet Angriffe geführt, die von der Linken und der PLO schärfstens verurteilt wurden. Diese Zwischenfälle - wie von vielen behauptet wird, in provokatorischer Absicht inszeniert - dienten einer neuen, massiven Invasion syrischer Truppen im Libanon.

Was bewog Assad, so zu handeln? Es scheint so, dass er ähnlich wie Sadat, von der Illusion zehrt, nur mit Hilfe der USA wenigstens einen Teil der von Israel besetzten Syrischen Gebiete zurückbekommen zu können. Dafür ist er, scheint es, bereit, eine *p a x a m e r i c a n a* zu akzeptieren unter Errichtung eines Walls arabischer Staaten rund um Israel mit Syrien und Jordanien an vorderster Stelle und einem verstümmelten Palästinenserstaat auf der Westbank und im Gazastreifen, entweder unter haschemitischer-jordanischer Herrschaft oder von seinen Nachbarn so eingezwickelt, dass dessen Unabhängigkeit von vornherein illusorisch wäre. Das alles aber könnte nie verwirklicht werden, wenn der Libanon von der Linken oder von einer Koalition der Linken mit den gemässigten Christen dominiert würde; und dies würde auch einschliessen, dass die PLO so geschwächt werden müsste, dass sie ohne Um und Auf Israel anerkennen müsste.

Es ist tragisch, dass - wie andere vor ihm - auch Assad in die US-Falle getappt ist. Er praktiziert genau die Kissinger-Nixon-Doktrin, die früher

von Dulles schon vertreten wurde: die Politik, Asiaten gegen Asiaten, Araber gegen Araber kämpfen zu lassen, durchwegs in Einklang mit den amerikanischen Interessen... und genau das ist jetzt im Nahen Osten im Gange, zu einem Zeitpunkt, da in Amerika Wahljahr ist und Kissinger ums politische Überleben kämpft.

Und zu allem Überfluss: es kann und es wird nicht funktionieren. Die Libanesisch Linke und die PLO zeigen dieselbe Fähigkeit wie die Vietnamesen, besser ausgerüsteten Armeen zu widerstehen, nicht zu reden von einer syrischen Armee, der es an überzeugenden Zielen mangelt und die scharenweise desertiert, um nicht auf ihre arabischen Brüder schiessen zu müssen. Ibrahim Souss, der PLO-Delegierte bei der UNESCO, drückte das in einem Artikel in Le Monde (10. Juni 1976) so aus: Die PLO unter der Führung von Arafat, ist der Architekt der palästinensischen Renaissance gewesen. Er ist das Symbol ihrer Identität, Einheit und Unabhängigkeit. Deswegen ist er und die PLO jetzt die Zielscheibe mächtiger Staaten und politischer Kräfte, die die PLO und ihre Bestrebungen zerschmettern möchten...

"Heute ist es Syrien, das diesbezüglich am meisten Anstrengungen unternimmt, mit dem diskreten Wohlwollen der USA, dem verhüllten Jubel Israels und der offenen Komplizenschaft Jordaniens...

Es ist wieder einmal die Frage, ob der Frieden unter Ausschluss der Palästinenser ausgehandelt wird oder - was aufs selbe hinauslaufen würde - unter Einbeziehung einiger geschwind eingekleideter Puppen als "wahren" Repräsentanten der Palästinenser." ... "Bis jetzt konnte uns keine Niederlage brechen. Der syrische Versuch ist für uns nur ein weiteres Hindernis, das wir zu nehmen haben, was es auch kosten mag. Jene die glauben, ohne uns einen dauerhaften Frieden kreieren zu können, rennen in ihr Unglück. Frieden wird es nur geben mit dem vollen Einverständnis jener, die für uns sprechen unter Respektierung unserer nationalen Bestrebungen für Unabhängigkeit - oder es wird ihn niemals geben."

(Peggy Duff, Peace Press, Juli/August 1976)

Zsolt Patka ★

Beispiel des Indonesischen Imperialismus

Am 17. August wurde Ost-Timor der Republik Indonesien anlässlich des Staatsfeiertages als 27. Provinz eingegliedert. Ein vorläufiger Schlussstrich unter ein weiteres blutiges Kapitel indonesischer Geschichte, das am 7. Dezember 1975 mit der Invasion indonesischer Soldaten in der ehemaligen portugiesischen Kolonie begann. Um diesen Akt der Aggression zu verstehen, ist es notwendig, zunächst auf die allgemeine politische Situation der aus über 13.600 Inseln bestehende Republik etwas näher einzugehen.

Nachdem der portugiesische Admiral Vasco da Gama (1469-1524) die malaiische Inselwelt als erster Europäer entdeckt hatte, nahmen bald seine Landsleute von diesem Gebiet Besitz, um den einträglichen Gewürz- und Edelmetallhandel, der zuvor in den Händen von Arabern und Chinesen gelegen hatte, in ihre Kontrolle zu bringen. Sie wurden Anfang des 17. Jh. fast zur Gänze durch die Holländer vertrieben, die wiederum zu Beginn des 19. Jh. fast die Hälfte ihrer Beute an die Briten abtreten mussten. Nachdem die Japaner von 1942-1945 auf dem gesamten Archipel eine ebenso kurze wie blutige Rolle gespielt hatten, war der Zug für die europäische Kolonisatoren so ziemlich abgefahren. Am 17.8.1945 rief, noch mit Zustimmung der Japaner, eine zwischen den Weltkriegen entstandene Nationalbewegung unter Sukarno die Republik Indonesien auf der Insel Java aus. Der neue Staat sollte sich aber freilich auf das gesamte niederländische Kolonialterritorium dieses Raumes erstrecken. Nach dem Ende der japanischen Besatzung und erfolglosen holländischen Polizeiaktionen zur Unterwerfung der Nationalbewegung, erhielt die Republik Indonesien am 28.12.1949 die volle Souveränität.

Bereits von der ersten Stunde an kam es innerhalb der Nationalbewegung zwischen sozialistisch und rechtsradikal Orientierten zu schweren Konflikten und teilweise blutigen Auseinandersetzungen. Im Dezember 1956 scheiterte ein Rechtsputsch der Militärkommandanten von Sumatra und Nord-Celebes. Am 1. Oktober 1965 versuchten linksgerichtete Militärs durch einen Staatsstreich rechtskonservative Offiziere und Politiker zu entmachten. Unter der Führung General Suhartos, des heutigen indonesischen Präsidenten, wurde der Aufstand nie-

dergeschlagen. Die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI), der die Verantwortung für den Putsch zugeschoben wurde, wurde verboten. In den anschließenden Massakern kam zirka eine halbe Million Menschen um, Kommunisten oder solche, die man dafür hielt. Noch heute befinden sich nach den Angaben von Amnesty International 100.000 politische Gefangene - darunter nur etwa 800 auf Grund von Gerichtsurteilen - in Haft. Den 3,5 Millionen ehemaligen Mitgliedern der PKI werden die amtlicherseits vorgeschriebenen Erlaubnisscheine für Arbeitsplatzsuche, Schulbesuche, Ortswechsel etc. nicht ausgestellt. Darüberhinaus wird jeder als "Kommunist" verfolgt, der gegen das bestehende indonesische Regime opponiert.

Autonomiebestrebungen der Molukker und Papuas

Schon seit der Ausrufung der Republik Indonesien beanspruchte dieser Staat das gesamte ehemalige niederländische Territorium, gleichgültig ob die davon Betroffenen damit einverstanden waren oder nicht. Den Bewohnern der Südmolukken war von den abziehenden Kolonialherren das Selbstbestimmungsrecht versprochen worden, was sie allerdings nicht davon bewahrte, zwangsweise an Indonesien angegliedert zu werden. 1950 riefen die Molukker einseitig die "Republik Maluku Selatan" aus, deren Regierung, ebenso wie 40.000 ihrer Bürger im holländischen Exil lebt. Erst durch die Kaperung eines ganzen Zuges in Beilen (Holland) und der Geiselnahme in der indonesischen Botschaft in Amsterdam im vergangenen Dezember wurde die Weltöffentlichkeit auf die Unterdrückung dieses Inselvolkes aufmerksam.

Eine weitere autonomistische Bewegung innerhalb des indonesischen Staatsgebietes existiert auf West-



Papua-Neu-Guinea, das im Jahr 1949 zunächst noch niederländische Kolonie blieb. Nachdem indonesische Truppen ab Jänner 1962 auf der Insel landeten, zog Holland seine Streitkräfte 1963 ab. Indonesien arrangierte "Freie Wahlen" durch importierte Wahlmänner. Über 35.000 Papuas, die sich dem Anschluss widersetzen, wurden getötet. Seit 1969 kämpft das "Free Papua Movement", aus 10.000 schlecht bewaffneten Guerillas bestehend, gegen die 15.000 Mann starke indonesische Besatzungstruppe. - Nach eigenen Angaben mit einigem Erfolg. Am Revolutionsregierung von West-Papua-Neu-Guinea" einseitig die Unabhängigkeit. Bedingt durch die Situation auf Ost-Timor hat sich auch hier die Brutalität der indonesischen Intervention erhöht. Seit Februar dieses Jahres werden Napalmbomben und andere chemische Kampfstoffe - wie übrigens auch auf Timor - eingesetzt.

Aber nicht nur die ehemaligen niederländischen Territorien, sondern überhaupt sämtliche ehemaligen Kolonien dieses Raumes scheinen von Indonesien als "rechtmässiges Erbe" betrachtet zu werden. Das führte immer wieder - speziell um Spannungen in der Innenpolitik zu überbrücken - zu Auseinandersetzungen mit der Malaysischen Föderation, die sich über die ehemals britischen Besitzungen erstreckt. Seit dem Zusam-



menbruch des portugiesischen Faschismus trachtete der indonesische Imperialismus daher ebenfalls die "Überseeprovinz" Ost-Timor zu beherrschen.

Portugiesisch-Timor

Timor, die größte der kleinen Sunda-²inseln, ist politisch in den 14.933 km² grossen indonesischen Westteil (zum Vergleich Tirol und Vorarlberg: 15.249 km²) und den 13.849 km² grossen vormals portugiesischen Ostteil (etwas kleiner als Niederösterreich) gegliedert.

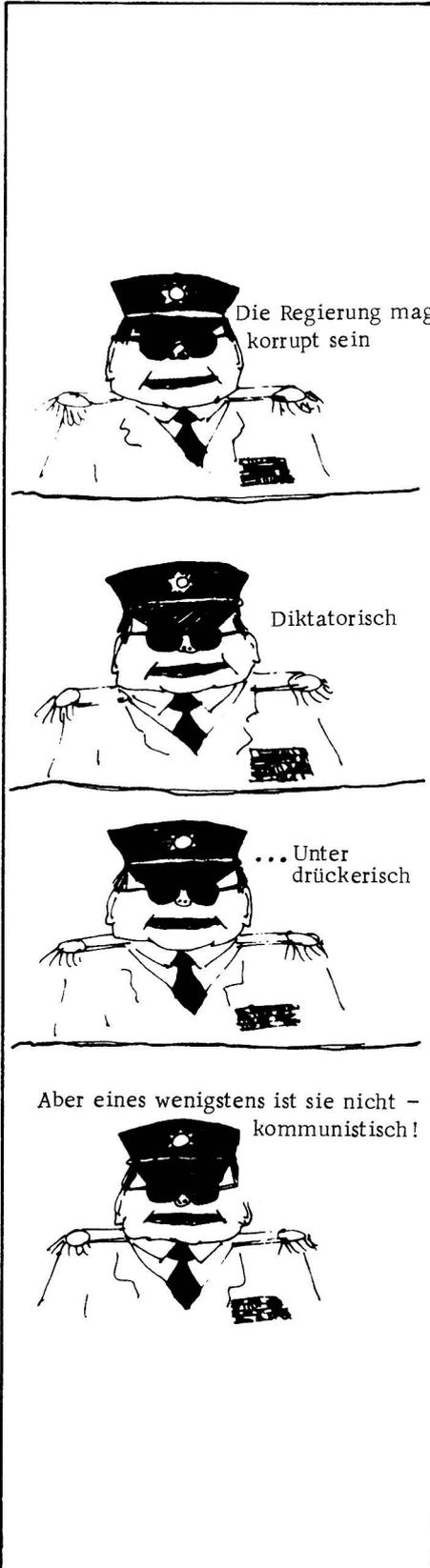
Anfang des 16. Jh. errichteten die Portugiesen die erste Befestigung auf Timor. Mit der Ankunft der Holländer 1613 begann ein langanhaltender Kampf um die südostasiatischen Kolonien, der erst 1904 durch Vertrag beendet wurde, welcher den Portugiesen nur den Ostteil Timors mit der Enklave Oucusi-Ambeno zuschrieb.

Ost-Timor hat heute 650.000 Einwohner, die sich aus der den Ur-Australiern verwandten Urbevölkerung, später eingewanderten Malaien, "Schwarz-Portugiesen" - eine Mischbevölkerung aus deportierten Portugiesen, Afrikanern und Einheimischen sowie Portugiesen zusammen - setzt. Darüber hinaus gab es bis zum indonesischen Einmarsch eine Minderheit von 20.000 Chinesen, die den Handel grösstenteils kontrollierte und heute nach Taiwan geflüchtet ist. Die Urbevölkerung lebt - trotz der "Segnungen westlicher Kolonisation" - im Landesinneren noch weitgehend in einem durch fünf Klassen geteilten Gesellschaftssystem, das die Portugiesen bei Widerstandsversuchen gegen ihre Herrschaft (zul. etzt 1910 - 1912) erfolgreich für sich auszunutzen verstanden.

Nachdem der Bestand an Edelhölzern zu einem Grossteil geplündert war, führte die Kolonialmacht den Kaffeeanbau als Monokultur ein, zeigte sich an der weiteren wirtschaftlichen Erschliessung des Landes aber nicht interessiert: Ausserhalb der Hauptstadt Dili verfügt Ost-Timor über nur 3 km gepflasterte Strassen. Es gibt ein einziges Spital mit nur zwei Ärzten. Die Analphabetenrate beträgt 95% und nur 12 Osttimoresen konnten ein Studium abschliessen, weitere 30 studieren

heute in Portugal.

Vom portugiesischen Staatsstreich der MFA vom 25. 4. 1974 erfuhr man in der weitabgelegenen Kolonie erst durch australische Nachrichtensendungen. Eine bislang informelle Gruppe von Antifaschisten schloss sich darauf als "Associação Social Democratica de Timor" (ASDT) zusammen und organisierte einen Streik der Arbeiter



in der Hauptstadt Dili, der eine 100 prozentige Lohnerhöhung bewirkte. Das Ziel der ASDT war die Teilnahme der Timoresen an der Verwaltung und die schrittweise Entkolonialisierung. Fast gleichzeitig wurde eine zweite Partei, die "Demokratische Union Timors" (UDT), von der Oberschicht Timors und Mitgliedern der ehemaligen faschistischen Partei, die nun um ihre Privilegien fürchteten, gegründet. Sie war am Anfang die erfolgreichste politische Gruppierung mit der grössten Basisverankerung, da ihr Symbol, die portugiesische Flagge, im Lauf der Kolonialgeschichte bei den Dorfbewohnern - nicht ohne Mithilfe katholischer Missionare - zu einem religiösen Objekt geworden war. Eine dritte Partei, die "Demokratische Volksvereinigung" (APODETI) entstand einen Monat später und trat für den Anschluss an Indonesien ein. Zur selben Zeit erklärte der indonesische Aussenminister Malik, sein Land werde sich in die Angelegenheiten Timors nicht einmischen und nur, wenn die Mehrheit der Inselbevölkerung dies wünsche, die Integration veranlassen.

Bereits im September 1974 kam es aber zu ersten Angriffen indonesischer Soldaten auf Dörfer an der Grenze zu Indonesisch-Timor. Gleichzeitig unterstützte Indonesien massiv die APODETI. Am 21. 1. 1975 schlossen sich UDT und die ASDT, die sich inzwischen FRETILIN (Frente Revolucionario do Timor-Leste Independente = Revolutionäre Front für ein unabhängiges Ost-Timor) umbenannt hatte, auf Anraten des portugiesischen Gouverneurs zu einer Koalition zusammen. Die APODETI und Indonesien standen der Koalition feindlich gegenüber und bezeichneten die FRETILIN als kommunistisch.

Das war und ist diese Bewegung freilich nicht. Australische Quellen bezeichnen sie übereinstimmend als "linkskatholisch-nationalistisch" mit einem linken Flügel, der aber ein Pendant in einem explizit anti-kommunistischen Teil der Bewegung hat. Die politische Orientierung geht auch aus dem Wirtschaftskonzept hervor, das einerseits ausländische Kapitalinvestitionen befürwortet, andererseits die Errichtung landwirtschaftlicher Kooperative auf Basis der "Knuu", einer dörflichen Gross-

familie, vorsieht. Dieses archaische Produktionsverhältnis des "Indischen Gemeinwesens", das sich durch Jahrhunderte erhalten hat, ist die "Naturwüchsige Form vergesellschafteter Arbeit" (Marx), da zwar Arbeitsteilung vorhanden ist, aber nur Gebrauchsgüter für das Kollektiv, d.h. keine Waren produziert werden. Durch die Propagierung dieses Vorhabens und eine Alphabetisierungskampagne während welcher an die 200 Behelfsschulen errichtet wurden, gewann die FRETILIN immer mehr an Terrain auf Kosten der UDT, die Ende Mai aus der Koalition austrat. Bei den von der portugiesischen Kolonialverwaltung organisierten Wahlen der Stammesoberhäupter im Juni 1975 waren 90 % der gewählten FRETILIN-Mitglieder.

Am 11.8.1975 besetzten UDT-Anhänger Dilli und andere Küstenorte und machten Jagd auf FRETILIN-Führer, die sich zum Grossteil in das gebirgige Landesinnere zurückgezogen hatten; etliche FRETILIN-Mitglie-

der wurden ermordet. Nachdem der Gouverneur einen Aufruf auf Entwaffnung der UDT ignoriert und seinen Truppen Neutralität befohlen hatte, rief die FRETILIN zum bewaffneten Kampf gegen die UDT und die timoresischen Soldaten zur Unterstützung auf. Am 21.8. musste der Gouverneur nach Macao telegrafieren, dass er die Kontrolle über das Land verloren habe und setzte sich einige Tage später mit den portugiesischen Soldaten auf die Timor vorgelagerte kleine Insel Atauro ab. Anfang September kontrollierten die FRETILIN mit Ausnahme einiger Grenzzorte ganz Ost-Timor.

Einen Monat später schlossen sich UDT und APODETI zur "MAC" (Movimento Anti-Comunista) zusammen. Indonesien forcierte seine Aggressionen, errichtete eine Seeblockade und forderte alle Ausländer auf, Ost-Timor zu verlassen, da sie sonst "als Kommunisten betrachtet" würden. Am 28. November rief die FRETILIN einseitig die Un-

abhängigkeit der "Demokratischen Republik Ost-Timor" aus. Einen Tag später erklärte die MAC-Koalition den Anschluss Ost-Timors an Indonesien - Portugal verurteilte beide Erklärungen.

Invasion Indonesiens

Am 7.12.1975, einen Tag nachdem US-Präsident Ford einen indonesischen Staatsbesuch beendet hatte, beginnt im Morgengrauen die indonesische Invasion zur See, zu Land und aus der Luft. Portugal bricht die diplomatischen Beziehungen zu Indonesien ab, gleichzeitig verlassen die letzten Portugiesen Ost-Timor. Eine Woche später verkündet der indonesische Rundfunk den Anschluss der Exklave Oucussi-Am-beno. Mitte Februar dieses Jahres gibt die MAC auf einer Pressekonferenz in Djakarta bekannt, dass mindestens 60.000 Timoresen (also 10% der Bevölkerung) bei "Exzessen" getötet worden seien.

Der Grund für den indonesischen Militäreinsatz ist nicht ökonomischer, sondern strategischer Natur: Djakarta muss jeden neuen unabhängigen und vor allem demokratischen Staat in seiner Nachbarschaft fürchten. Zu einem würde ein solcher Vorbild für diverse Autonomiebestrebungen innerhalb des indonesischen Staates sein. Zum anderen könnte ein derartiges Territorium zu einem Stützpunkt verschiedener Freiheitsbewegungen wie z. B. der Südmolukker oder der Papuas werden. Letztlich hätte ein linksnationalistisch regiertes Ost-Timor über kurz oder lang Konsequenzen für die repressive Innenpolitik des indonesischen Militäregimes mit sich gebracht.

Ob die 3.000 ehemaligen Kolonialsoldaten der FRETILIN, die zusammen mit 2.000 Guerillas gegen die nunmehr 42000 Mann starke indonesische Invasionstruppe kämpfen, tatsächlich noch immer 80 % des Territoriums kontrollieren, lässt sich nicht überprüfen, da die indonesische Blockade alle Ausländer - selbst das Internationale Rote Kreuz - von der Insel fernhält. Beweis für den nach wie vor ungebrochenen Widerstand der Timoresen ist jedenfalls die Kon-



tinuität der Sendungen der Radiostation der FRETILIN. Die Chancen, diesen Widerstand noch länger durchzuhalten, sind relativ gut:

*Bereits 1942-1945 hielten sich 400 Australier im gebirgigen Dschungel des Landesinneren gegen schliesslich 21.000 Japaner, von denen im Verlauf der Kämpfe 1.500 getötet wurden, während die Australier nur 40 Mann verloren. Die von den Portugiesen zurückgelassenen Nato-Rüstungsgüter reichen nach Schätzungen für noch gut zwei Jahre und im Dschungelkampf bewähren sich auch die "traditionellen Waffen" der Einheimischen - Giftpeile.

*Die einzigen Länder, die offen die indonesische Aggression unterstützen, sind Malaysia und die Philippinen, die über ein ähnlich repres-

sives Herrschaftssystem verfügen. Fünfzehn Länder, darunter die VR China, sämtliche ehemalige portugiesische Afrika-Kolonien, Laos Vietnam, wie auch Kambodscha haben die Demokratische Republik Ost-Timor bereits anerkannt; nicht aber die islamischen Länder der 3. Welt (die indonesische Bevölkerung ist vorwiegend mohamedanisch) und auch nicht die Sowjetunion.

*Immer weitreichendere Proteste der australischen Gewerkschaften könnten die australische Regierung zwingen, ihre Wirtschaftshilfe für Indonesien (20 Mio. Dollar jährlich) einzustellen. Die würde das ohnehin vorhandene ökonomische Desaster Indonesiens bis zur Grenze des Erträglichen vergrössern,

Allerdings liegt es in der Logik des Regimes in Djakarta, jede wie immer geartete Opposition zu erstickten, da es die Signalwirkung mit Recht fürchten muss. Wenn die USA und Australien wie bisher Indonesien wirtschaftlich und militärisch unterstützen, wird dieser Staat weiterhin seine Vorstellungen von "Ruhe und Ordnung" im malaischen Raum durchsetzen - notfalls um den Preis der Ausrottung eines oder mehrerer Völker.

R. H. ★

(Hauptsächliche Quellen: "pogrom", 7. Jg. Nr. 39/40; Le Monde)

Polen:

Sozialismus ist Arbeitermacht und Demokratie

Sommer 1973, ich bin zu Besuch bei Bekannten, sitze mit einem polnischen Arbeiter in der Nähe von Gdansk am Strand und rede über dies und jenes. Natürlich kommen wir auf das Jahr 1970 zu sprechen. Das Jahr an dem die polnische Arbeiterschaft zum zweitenmal nach 1956 mit ihrem Blut die Fehler des herrschenden Regimes beglichen musste. Gomulka, einst gefeierter Retter, änderte nichts am

bürokratischen Zentralismus, scheiterte und musste gehen. Als neuer Stern am Himmel der Partei kam Gierek. Er versprach, dass es in Polen nicht mehr möglich sein werde, ohne der Zustimmung der Arbeiterschaft Entscheidungen zu treffen. Er versprach neben der Erhöhung des Lebensstandards neue Formen der Demokratie in Betrieb, Gemeinde und Partei. Zwar weigerte er sich so weit zu gehen, wie zwei Jahre vorher die tschechoslowakischen Kommunisten, die echte Schritte in Richtung Arbeiterdemokratie setzten, doch dadurch - und das verstand man in Polen - ersparte er sich die "brüderliche Hilfe" seitens der UdSSR.

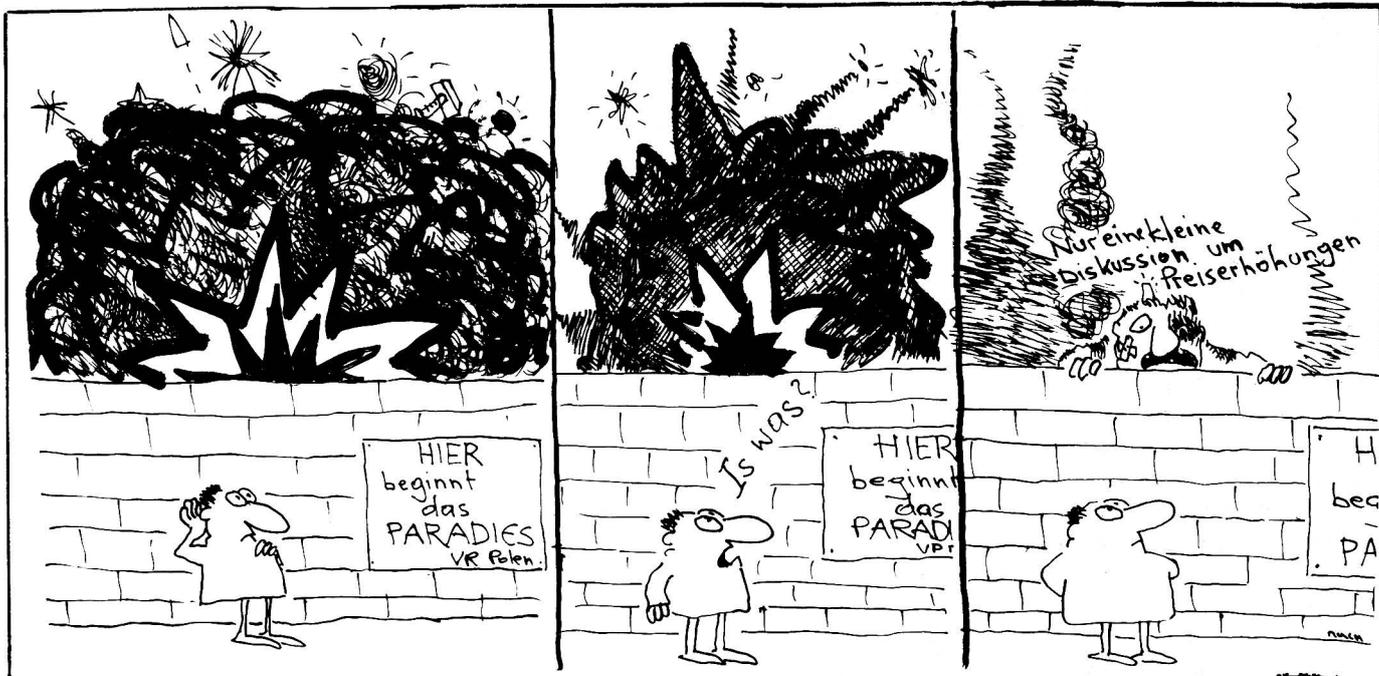
So schien es, dass sich in Polen alles zum Besseren wandle. Umso verwunderter war ich über die Aussagen meines Gesprächspartners, der ein ehemaliger Widerstandskämpfer und einst Mitglied der KP war. Er ist Kommunist geblieben und deshalb aus der Partei ausgetreten, denn nach wie vor widerspräche die Politik und speziell die Praxis der Partei den Interessen der polnischen Arbeiterschaft. Es sei zwar unter Gierek besser geworden, aber im Wesen habe sich nicht geändert. Im Betrieb herrsche nach wie vor die Parteibürokratie. In allen Lebensbereichen sei nach wie vor das Wichtigste "gute Beziehungen" zu haben.

Diese Urlaubsgespräche kamen mir immer wieder zu Bewusstsein, als ich die ersten Meldungen über die Arbeiterunruhen in Polen hörte. Polen, unter Gierek von vielen als liberaler sozialistischer Staat betrachtet, stürzte in eine Krise und die Partei liess wieder Polizei und Militär aufmarschieren und mit roten Fahnen und unter Absingen der "Internationale" demonstrierende Arbeiter nieder-

halten. Es gäbe nicht nur in Radom und in Warschau, das zeigt die Reaktion der Partei.

Es stellte sich einmal mehr heraus, wie isoliert die KPP in der Arbeiterschaft ist, wie unfähig sie ist, die Bedürfnisse der polnischen Arbeiterschaft zu erkennen, geschweige denn ihre Interessen wahrzunehmen.

Bereits Ende 1975 zeigte es sich, dass die polnische Wirtschaft in eine Krise geraten würde, falls es nicht gälänge, die gigantischen Milliarden-subsidien für Grundnahrungsmittel abzubauen. Die Warenproduktion hat eben ihre eigenen Gesetze, die nicht durch formale Dekrete aufgehoben werden können. Es wurde im ZK angekündigt, geeignete Maßnahmen mit der Bevölkerung zu diskutieren. Die Diskussion mit der Bevöl-



kerung erfolgt nicht. Anscheinend verließ man sich auf die Erfolgsmeldungen der jeweiligen Parteisekretäre, die sie, um ihre Privilegien nicht zu verlieren, an die Zentrale weiterleiteten.

Daher verkündete am Donnerstag, den 24. 6. die polnische Regierung die drastischen Preiserhöhungen, die vier(!) Tage später, am Montag, den 28. 6. in Kraft treten sollten. Sie sind nicht in Kraft getreten. Ein Aufschrei der Empörung, der die Herrschenden an 1970 erinnerte, zwang die Regierung zur Zurücknahme.

Im ersten Augenblick versuchte man es wieder mit der alten Masche. Die unerwarteten Unruhen seien laut des Präsidenten des polnischen Fernsehens Szczepanski von "Ganoven und Rowdej" ausgenutzt worden. Einige Tage später erklärte dann Gierek, die Teuerungsabsichten seien nur eine Diskussionsgrundlage gewesen und nachdem man in bewährter Manier Unterstützungserklärungen polnischer Arbeiter organisiert hatte, werde man alles überdenken.

Doch die Rache der Partei für die schwere Niederlage folgte auf den Fuss. Man erklärte zwar, daß jene Arbeiter, die sich im Rahmen der Legalität befunden hätten, nichts zu befürchten brauchten, aber den "kriminellen" Elementen werde

man den Prozeß machen. Es ist bekannt, daß hunderte Arbeiter ihren Arbeitsplatz verloren haben, daß sich mit den Arbeitern solidarisierende Intellektuelle wie KURON in die Armee einberufen wurden und, daß einigen "Rowdies" der Prozeß, natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit, gemacht wurde. Sie erhielten Strafen zwischen drei und zehn Jahren.

Bezeichnend die Reaktion der herrschenden Kreise in Österreich, die "law and order" Maßnahmen sichtlich unterstützten, haben sie doch sehr großes Interesse daran, Demonstranten als "Kriminelle" zu bezeichnen. Genau so bezeichnend

die Reaktion der KPÖ, die energisch dementiert würdelos und unterwürfig zu sein, aber sich wieder voll hinter ihre Bruderpartei stellte. Die KPI, an deren Erfolgen sich die KPÖ sonnen möchte, teilte im Gegensatz dazu der KPP mit, daß sie die sozialen Konflikte anders lösen würde.

Die Ereignisse in Polen, die Terrorurteile gegen Demonstranten haben gezeigt, daß in Polen weder die Arbeiter an der Macht sind noch, daß sie Möglichkeit haben, sich zur Durchsetzung ihrer Interessen zu organisieren. Aber ohne Arbeitermacht und Demokratie gibt es keinen Sozialismus auch keinen "realen".

Sch. M. ★

Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

Der Preis beträgt für das Inland: S 50, - (inkl. Porto)
für das Ausland: S 50, - (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.



BRD:

Die Linke und die Bundestagswahlen

Am 3. Oktober werden die westdeutschen Wähler wieder einmal zur Urne gebeten, um durch ihr Votum die parlamentarischen "Macht"verhältnisse festzulegen - Machtverhältnisse, die mit der Entwicklung des modernen, interventionistischen "starken" Staats immer irrelevanter, immer abhängiger von der Eigendynamik der staatlichen "Exekutive" werden. Dementsprechend führen beide Großparteien einen Wahlkampf in schwarz-rot-gold: Ob "aus Liebe zu Deutschland" (CDU/CSU) oder "Modell Deutschland" (SPD), Chauvinismus und Staatsfixiertheit werden groß geschrieben. In der Wahlschlacht wird wüst polemisiert, (CDU-Parole: "Freiheit statt Sozialismus" - Brandt auf dem Mannheimer Parteitag: "die CDU/CSU ist ein Sicherheitsrisiko") während es in der Realität anders aussieht. Die SPD-Regierung hat den Angriffen auf die Lebensbedingungen der Arbeiter nicht nur nichts entgegengesetzt (momentan verteidigt sie den Reallohnabbau, "um den Aufschwung nicht zu gefährden"), sie hat diese teilweise aktiv unterstützt (z. B. Polizei einsetze im Druckerstreik), was zu einer gewissen Spannung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften und zur Abstinenz von SP-Kernwählerschichten bei den Regionalwahlen (vorallem in Baden-Württemberg) geführt hat. Sie hat durch eine Reihe von äußerst repressiven Paragraphen und Gesetzen die Grundlage für einen Polizeistaat geschaffen und sie hat mit der Unterdrückung inner- und außerparteilicher linker Opposition eine weitere Rechtsentwicklung eingeleitet. Einige vor der Wahl vergossenen Krokodilstränen ("Wir sind vielleicht ein bißchen zu weit gegangen") über das Klima von Angst und Duckmäusertum, das durch die Praxis der Berufsverbote hervorgerufen wird, sollen darüber hinwegtäuschen, daß bis jetzt Schmidt und Konsorten die eindeutigen Hauptträger der Repression waren und daß sie in diesem Klima nur eine Entwicklung züchten, die auch weniger linke Sozialdemokraten bald gefährden wird. Demgemäß hat die SPD im Wahlkampf auf jede "außerparlamentarische Mobilisierung" verzichtet. War das Motto "Wir Deutschen können stolz sein auf unser Land - Willy Brandt" 1972 noch in einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung für die SPD untergegangen ("Millionen gegen Millionäre"), so will man sich dieses Mal als Volkspartei par excellence hinstellen.

Bilanz der sozialliberalen Koalition

Es ist hier nicht der Raum ausführlich auf die Entwicklung der SPD in der Geschichte der Bundesrepublik einzugehen. Jedenfalls fand der Sieg der sozialliberalen Koalition und mehr noch der SPD-Wahlsieg 1972 in einer völlig anderen Situation statt als heute.

Breite Bevölkerungssichten solidarisierten sich damals offen mit der SPD, als die CDU mit Hilfe parlamentarischer Überläufer die sozialliberale Koalition durch ein Mißtrauensvotum stürzen wollte.

Schon einige Tage nach der Wahl ging die SPD unter dem Motto: "Auf dem Teppich bleiben" daran, ihre eigene Basis zu beschwichtigen: vor

allem die Gewerkschaften und Jusos. Gegen die Forderungen der Gewerkschaften wurde das "Gesamtinteresse" aufgefahren, das Vorrang vor "Standes- und Gruppeninteressen" habe. Mit den Septemberstreiks 1973 und den ersten Anzeichen der Krise kam dann eine neue Wende nach rechts und der SP-Politik überhaupt. Die Regionalwahlen in Hamburg, Schleswig Holstein und Rheinland-Pfalz brachten stetige Verluste für die SPD. Als Sündenböcke wurden die Jusos ("verschrecken die Leute") und die Ölscheichs ("schuld an der Krise") aufgebaut.

1973 stiegen die Lebenshaltungskosten schon um 7,4 Prozent (während die SP sie bei 2% 'einpendeln' wollte). Es begann eine Phase der brutalen Rationalisierungen, Arbeitslosigkeit - besonders unter der Jugend - und Kurzarbeit waren an der Tagesordnung. In ungewolltem Verhältnis zu diesen

Krisenerscheinungen wuchsen aber auch die Disziplinierungsmaßnahmen von Staat und Kapital. Der "Klassenkampf von oben" wurde immer bewußter und vorausschauender geführt. Die Spaltung in inländische und ausländische Arbeiter wurde weidlich ausgenutzt, die Initiative zu Arbeitskämpfen ging oft von Ausländern aus (wie stark die Spaltung war, zeigt sich zum Beispiel bei Ford-Köln, wo die BILD-Dreckschleuder ungestraft schreiben durfte: "Deutsche Arbeiter kämpfen ihre Fabrik frei"....) Parallel dazu ließ die SPD/FDP-Regierung Polizei, Bundesgrenzschule und Bundeswehr vorsorglich gegen den "inneren Feind" aufrüsten. Unter dem Vorwand der "Terroristenbekämpfung" wurde ein Waffenarsenal angeschafft, das für die blitzschnelle Niederschlagung auch großer Streiks und Demonstrationen wie geschaffen ist.

Als dann 1974 nach der Guillaume-Affäre der rechte Parteiflügel durch die Kanzlerschaft des "Machers" Helmut Schmidt auch optisch vollkommen die Macht übernahm, gewann die Rechtsdrift noch eine neue Qualität: Schmidt spielte sich als Gendarm und Schulmeister Europas auf. Die jüngste Drohung Schmidts, die BRD würde im Fall einer kommunistischen Regierungsbeteiligung Italien die Kredite sperren, ist nur der vorläufig spektakulärste Höhepunkt



Freiheit-oder-Sozialismus-Parolen 1932

einer Kette internationaler Aktivitäten der deutschen Sozialdemokratie, die sich in derselben "Unverschämtheit" in die Angelegenheiten anderer Länder einmischt, die man früher ganz anderen Kräften vorwarf. Bereits 1974 forderte Schmidt einen Krisengipfel, um den westeuropäischen Gewerkschaftsführern die Notwendigkeit "der Senkung des Konsums der privaten Haushalte" klarzumachen (vgl. "Frankfurter Rundschau", 4.11.1974).

Mehrmals ließ er wütende Attacken gegen die sozialistischen Bruderparteien in Süd- und Südwesteuropa wegen ihrer Beteiligung an "Volksfrontregierungen" vom Stapel. Die Differenzen, die zwischen der SPD und einigen europäischen Sozialdemokratien daraufhin entstanden (besonders mit Mitterand), versuchte die SPD mit politischem Druck ("Aufklärungskampagne") auszugleichen - mit Erfolg: so sind z. B. die internationalen SP-Aktivitäten gegen politische Unterdrückung in der BRD - zunächst bis zur Wahl - fast eingeschlafen. In Inseraten schwärmt die SPD vom "heute jedermann erkennbaren wirtschaftlichen Aufschwung", während Reallohnverluste und eine gigantische Umverteilungspolitik zugunsten der Unternehmer noch nicht einmal das Investitionsklima allzusehr angeheizt haben. Die Bundesrepublik sei eine "Konjunkturlokomotive" der Weltwirtschaft, die SPD mit ihren Konjunkturprogrammen der bessere Arzt am Krankenbett des Kapitalismus, dem die "Opposition" die falsche Therapie verschreiben wollte.

Die nach außen getragene Selbstsicherheit relativiert sich sichtlich, wenn man die in der letzten Zeit gewachsenen Widersprüchlichkeiten innerhalb der SPD betrachtet. In Hannover ermöglichten dissidente SPD-Abgeordnete einen CDU-Ministerpräsidenten, in München packelte die Partei "Linke" mit der CSU gegen den SPD-Bürgermeister. Spaltungserüchte und lokale Fehden, Austritte und Parteiausschlüsse häufen sich. SPD-Vorstandsmitglied Joachim Steffen erklärte im April, die "Klassenlogik" diktiere ihm die Einsicht, die SPD gehöre wieder in die Opposition, da von den geplanten Reformen meist nur die Worthülsen übriggeblieben seien.



Die Jusos richten sich, insbesondere nach dem Desaster der Linken auf dem Mannheimer Parteitag, auf's Überwintern ein. Vorsitzende Heidi Wieczorek-Zeul drückte mehr oder weniger versteckt aus, daß die Unterstützung innerhalb der Parteilinken weitgehend nur mehr aus resignativen Momenten erfolgt, "... weil nur sie (die SPD) ein Abrutschen in eine polizeistaatähnliche Gesellschaft verhindern könne, die Voraussetzungen für Reformen erhalten und die Fortsetzung der Entspannungspolitik gewährleistet werden könne" (zitiert nach Arbeiterstimme 2/76). Dagegen sieht die BRD oft gerade dort einem Polizeistaat am ähnlichsten, wo Sozialdemokraten regieren, etwa in Frankfurt oder Berlin. Der Hamburger SPD-Senat hat den Radikalerlaß erfunden und selbst das SPD-Zentralorgan VORWÄRTS (!!) mußte im Jänner bei einem Vergleich zwischen CSU und SPD-Berufsverbots-

praxis feststellen: "rot gehupft wie schwarz gesprungen". Die diversen "Polizei- und Antiterrorgesetze", die das sozialdemokratische Justizministerium verlassen haben, gaben dem STERN Anlass für eine makabre Polit-Fiction-Story: sie reichen nämlich ohne weiteres für eine "legale" faschistische Machtergreifung durch die Bundeswehr.

Die alltägliche Repression und der staatliche Terror, der uns nur von Zeit zu Zeit durch einige spektakuläre Fälle bekannt wurde, zusammen mit den Auswirkungen der Krise schaffen ein Klima, in dem unter anderem auch neonazistische Grüppchen immer häufiger öffentliche Auftritte vornehmen können. Elmar Altvater bezeichnete es auf dem Frankfurter Pfingstkongreß (siehe OL Nr. 26) als "Skandal der Unterdrückung von sozialistischen Positionen in der BRD", daß die momentan wesentlichste Repressionsagentur die Sozialdemokratie ist. Und unter dem Beifall der meisten Anwesenden nahm er schon damals für sich eine Entscheidung vorweg, die Teilen der Westdeutschen Linken immer noch Kopfzerbrechen bereitet: "Wählen werden wir diese SPD nicht!". Trotz all dieser Tatsachen ist das naheliegende Problem der Wahltaktik nicht gelöst. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg soll es DKP-Funktionäre gegeben haben, die noch am Wahltag unschlüssig waren, ob sie nicht der SP ihre Stimme geben sollten, um eine weitere Rechtsentwicklung zu verhindern. Das Gespenst einer Regierung mit Strauss u. Dregger läßt jeden noch so minimalen Unterschied hervortreten, der zwischen SPD und CDU/CSU noch herrscht...

Wir schrieben vor einem Jahr, bezogen auf die österreichische Situation: "Bei dieser Wahl wird nicht über die Politik der nächsten vier Jahre entschieden, sondern - bestenfalls - der Rahmen und die Bedingungen für den Kampf um die Politik, den Klassenkampf, abgesteckt... Derzeit gibt es zur SPÖ-Regierung keine linke Alternative - nur eine rechte. Die Mehrheit der österreichischen Arbeiter und Angestellten weiß dies auch ohne Belehrungen - sie wählt SPÖ und wird damit voraussichtlich eine Regierung

Bekanntmachung

Betr.: Radikalerlaß

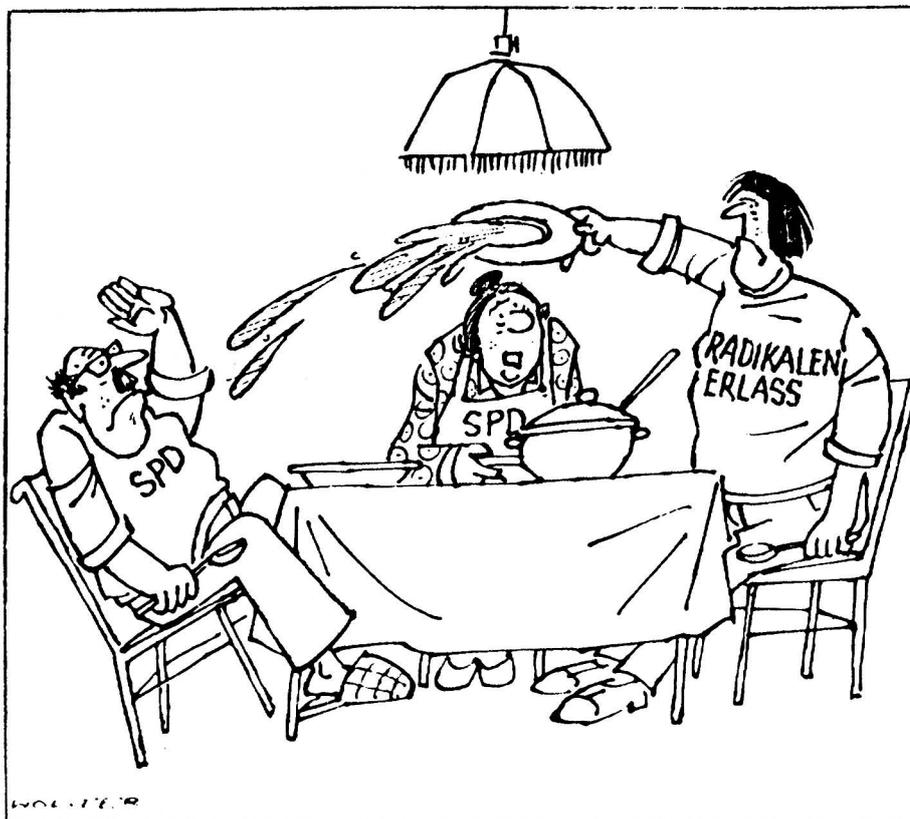
Die Bevölkerung wird noch einmal darauf hingewiesen, daß die ehem. Mitgliedschaft in NSDAP, SA, SD, SS und im NS-Rechtswahrerbund einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht entgegensteht.



Der Landesbeauftragte für
das Gefinnungswesen.

Plakat Klaus Staeck
D-69 Heidelberg, Box 102 063





"Junge, versünde dich nicht gegen deine Eltern"

Kreisky III erwirken" (Erklärung der föj-BfS zu den Wahlen 1975).

Es besteht und bestand allerdings ein Unterschied zwischen SPÖ und SPD, der sich nicht nur programmatisch (bei der SPÖ ist die klassenlose Gesellschaft noch "drinn") und personell (Kreisky ist Schmidt und Brandt in einer Person) äussert.

Die Linke zur Wahl: Welche Taktik?

Wir gingen davon aus, dass eine SPÖ-Regierung die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter zumindest defensiv wesentlich mehr verhindern müsse als eine ÖVP- oder Koalitionsregierung. Tatsächlich war bei uns von einer Massenarbeitslosigkeit und ähnlichen Reallohnverlusten wie in der BRD wenig zu spüren. Auch hat es bei uns keine grösseren Loyalitätsbrüche zur Sozialdemokratie innerhalb von Teilen der Arbeiterklasse gegeben, wie dies in der BRD der Fall war, wo dies allerdings momentan zur Resignation geführt hat. Schließlich – und das ist sicher nicht das subjektive Verdienst Kreiskys oder der SPÖ, sondern Produkt unserer eigenen Schwäche – ist die politische Repression gegen

die Linke erst in den Anfängen, war Gasperschitz übereilt und "gefährlich", konnte man sich so richtig als Liberaler geben. Die SPD dagegen hat die Unterdrückung in vollem Bewusstsein eskaliert.

Eine linke Wahldiskussion im engeren Sinn fand vor allem zwischen den Organisationen statt, die z. T. in lokalen Antirepressionsbündnissen schon längere Zeit ansatzweise gemeinsame Praxis leisten: also hauptsächlich dem Sozialistischen Büro (SB), dem Kommunistischen Bund (KB) und der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), BRD-Sektion der IV. Internationale.

DKP, KBW, KPD, KPD/ML haben ihre Kandidatur schon bekanntgegeben. Die DKP, 1972 mit 0,3 % weit hinter dem Prozentsatz der KPÖ, aber mit ähnlichem politischen Feingefühl, glaubt mit der eher alten als bewährten Parole "Kommunisten in den Bundestag" die 5 %-Hürde zu überspringen. Diese politische Hochstapelei und parlamentarische Fixiertheit wird ihr eine ähnliche Karriere bringen wie der KPÖ. Der KBW dagegen (Wahlziel 0,1 bis 0,2 %) kandidiert, um den bürgerlichen Programmen das "Programm des Proletariats" entgegenzustellen. (Kurz zusammengefasst: "Beseitigung des Privateigentums!

Aufhebung des Lohnsystems! Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen! Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, des Kommunismus!" - KVZ 29. 4. 1976) Dieses Programm seriös vertreten, meint der KBW, kann allerdings nur er selber. Die "KPD" dagegen war etwas offener: wer mit ihr kandidieren wollte, brauchte nicht viel mehr anzuerkennen, als dass "der sowjetische Sozialimperialismus die gefährlichere Supermacht ist" sowie "der moderne Revisionismus" (= maoistischer Ausdruck für DKP, Anm.) "der Hauptfeind innerhalb der Arbeiterbewegung". Neben diesen etwas skurrilen Varianten der Wahltaktik stand wie gesagt der Versuch von SB, KB und GIM differenzierter zu argumentieren.

Das SB veröffentlichte Anfang Mai in "links" einen Artikel von Arno Klönne und Klaus Vack, der versuchte "eine Diskussion über die Bundestagswahl 1976 öffentlich zu beginnen", in dem Bewusstsein, dass "im geschlossenen Kreis dieses oder jenes Zentralkomitees" die Wahlposition bereits vorgeklärt ist. Kurz darauf, am 6. Mai, erfuhren viele Mitglieder der GIM aus der Wochenzeitung "was tun", daß das ZK eine Beteiligung an der Bundestagswahl beschlossen hatte. Am 31. Mai schliesslich veröffentlichte der KB im "Arbeiterkampf" den Artikel "zum Eingreifen der Linken in die Bundestagswahl" dem unterschwellig die Absicht zugrunde lag, in der noch verbleibenden Zeit ein linkes Wahlbündnis zustande zu bringen. -

In einem Rückblick auf die bisherige Wahltaktik des SB, das sich nie an den DKP - Vorfeld - Wahlbündnissen beteiligt, sondern bis 1972 der SPD kritische Unterstützung gewährt hatte (wie übrigens auch KB und GIM), werden frühere Hoffnungen in die SPD als zumindest fragwürdig bezeichnet.

Es ist "offenbar geworden, daß die Regierungspraxis auch der sozial-liberalen-Koalition letztlich auf der Kontinuität des 'CDU-Staates' beruht". Mit der Abwesenheit eines massenhaften Widerstandspotentials ist jede Hoffnung auf eine "reformistische" Wendung der SP-Politik zwecklos.

"Daß relevante Gruppen innerhalb der Klasse der Lohnarbeiter auf ein 'Wort' des SB (oder irgendwelcher anderer linker Organisationen, die KPD eingeschlossen) 'warten' könn-

ten, ist jedenfalls ein absurder Gedanke". Deswegen sei das für die Wahlen und die daraus folgende Taktik relevante Potential unter dem beschränkten Kreis derjenigen zu suchen, "die ihre Vorentscheidung gegen den Kapitalismus bereits getroffen haben" - "Inwieweit also dem Interesse der Lohnarbeit Konzessionen gemacht werden müssen, welche Fraktionen auf der Kapitalseite miteinander rivalisieren, welche politischen Herrschaftsformen und demokratischen Rechte innerhalb des Kapitalismus von Kapital und Arbeiterklasse beansprucht werden oder negiert werden können - solche Merkmale..." bleiben in der BRD, im Unterschied etwa zum italienischen Parlamentarismus, momentan "unterhalb der parteipolitischen und parlamentarischen Schwelle." Den Parlamentarismus könne man nicht unabhängig vom Stand der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen betrachten. Bleibt die Frage, welche Bedeutung für die Kräfteverhältnisse in der BRD die möglichen Resultate der Bundestagswahlen haben können.

Für die Linke bleiben zwei Möglichkeiten. Einerseits ein organisierter Wahlboykott, der mit politischen Aktivitäten gekoppelt ist (eine Zeit lang wurde in SB-Kreisen der Vorschlag einer zentralen Anti-Repressionsdemonstration in Bonn am Wahltag ventiliert) oder andererseits "die Stimme für eine der kandidierenden kommunistischen Organisationen abzugeben, und zwar so, daß öffentlich begründet wird, weshalb man sich der Programmatik und Politik der entsprechenden Organisationen nicht verschreibt, worin man sie kritisiert und weshalb man die Stimmabgabe für sie richtig hält."

- Letzteres ist eindeutig auf die DKP gemünzt, da die Positionen von KPD - KPD/ML - KBW zum Teil mit der Linken nur mehr Äußerlichkeiten gemeinsam haben. Andererseits ist das Ergebnis bereits vorherzusehen: die zehn- bis zwanzigtausend Stimmen aus dem SB-Dunstkreis werden das Kraut nicht fett machen - und was bleibt, ist eine "Demonstration der eigenen Ohnmacht" bzw. eine weitere Selbsttäuschung der DKP, die die dazugewonnenen Stimmen natürlich als Bestätigung ihrer Programmatik ansehen würde.

Als Reaktion wurden in den beiden nächsten Nummern von "links" recht

divergente Positionen vertreten: "fortschrittliche", d.h. die Repression ablehnende Kandidaten von SPD und FDP noch unterstützen (SB-Achen) bis zu Wahlenthaltung oder überhaupt Ablehnung eine Wahldiskussion (SB-Nürnberg).

Die GIM vertritt eine zum SB kontroverse Position. In einem an die Teilnehmer des Pflingtkongresses verteilten Flugblatt heißt es: "Die Schlüsselfrage, vor der sozialistische Politik in Westdeutschland steht, ist die Loslösung der Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie." Gerade in einer Situation der unentwickelten Klassenkämpfe sei es notwendig, ein generelles politisches Konzept, das die elementaren Tagesinteressen der Arbeiter komprimiert, zu erstellen. Solange die Arbeiter nicht "massenhaft mit dem System gebrochen haben", spielten Wahlen bei der Bewußtseinsbildung, besonders angesichts der "Wahlfixiertheit" der SPD, noch eine große Rolle. Im Frühjahr habe ein Aufschwung der Arbeiterkämpfe "günstige Voraussetzungen für einen Differenzierungsprozeß innerhalb der SPD" geschaffen. Der zentrale Fehler des SB liege darin, daß es "nicht die Frage noch eine Antwort für die Klasse stellt"... sondern "es stellt die Frage nach einer Antwort für die Linke". Dies sei aber für die Entwicklung der Klassenkämpfe "reichlich nebensächlich". Und so kandidiert die GIM wie weiland bei uns die GRM auf sich allein gestellt mit einigen ausgefeilten "Übergangslösungen" - und wird wahrscheinlich dasselbe Schicksal erleiden wie die österreichische Sektion: die einzigen, die dem "Programm" gebührende Aufmerksamkeit schenken, werden die eh schon halb gewonnenen Sympathisanten sein - aber von einem Differenzierungsprozeß in der SPD aufgrund der GIM-Kandidatur wird nach den Wahlen nicht die Rede sein. Interessant, daß die italienische Sektion der IV. Internationale das linke Wahlbündnis DP unterstützt, während etwas ähnliches beim momentanen Kräfteverhältnis in Deutschland laut GIM ein "zentristisches Manöver" wäre. Der Kommunistische Bund hat richtig kommentiert: "Je einflußloser und zersplitterter die Linke ist, umso notwendiger ist es der GIM zufolge offenbar, daß jedes Grüppchen mit eigenen Kandidaten ins Feld zieht!" Der KB hat die Vorstellung einer "Programm-

Kandidatur" kritisiert: "Es kann unserer Meinung nach jetzt nicht das Ziel sein, die Massen bei den Wahlen für das eine oder andere Schul- und Ausbildungsmodell zu gewinnen, für 'Arbeiterkontrolle' (GIM) oder 'Volksbewaffnung' (KBW), sondern es muß vor allem darum gehen, die vorhandene Unzufriedenheit mit der SPD-Regierungsführung aufzunehmen und zusammenzuführen... Im genauen Gegensatz zur GIM sind wir der Meinung, daß Anstrengungen in dieser Richtung gerade wegen der Schwäche und Spaltung der Linken notwendig sind". Allerdings erfolgte die Initiative des KB verspätet. Aus einer internen Diskussion zog er den Schluß, daß keine spezielle Wahlempfehlung möglich sei und empfahl Wahlboykott oder eine Stimme für eine Organisation links von der SPD.

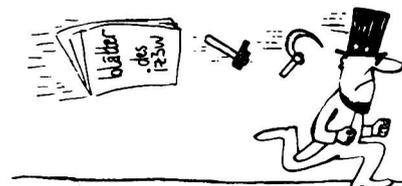
F. J. N. ★

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

+ Nestle als Babykiller + Geheimgutachten zur Kulturpolitik der BRD in Indonesien + Wie China das Ernährungsproblem löste + NATO: Faktische Militärallianz mit Südafrika + VW do Brasil + Sahel-Zone: Die sozio-ökonomischen Ursachen der Hungersnot + Argentinien nach Peron Vietnam: Zur aktuellen Lage +

Das sind einige der Themen, die in den letzten Hefen der blätter des iz3w behandelt wurden.



Die in 10 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift + enthält regelmäßig eine „Chronik der abhängigen Welt“

+ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe“, ihre Hintergründe und Auswirkungen
+ setzt sich in einer „Ideologiekritik-Serie“ mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander
+ erörtert Theorie und Praxis der fortschrittlichen Widerstandsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt
+ nimmt Teil an der Diskussion über die Strategie der Internationalismusgruppen

Jahresabonnement bei 10 Nummern mit 40-60 Seiten. DM 25,- (für Studenten etc. DM 18,-)

Informationszentrum Dritte Welt 78 Freiburg, Postfach 5328 Tel. 0761/74003 Probeexemplar anfordern!

Absender (bitte in Druckschrift)

Probe-Exemplar an:

Was geschah und was geschehen wird... wenn nichts geschieht

Ruhe und Frieden sind wieder eingekehrt. Und in dieser Ruhe laufen die Prozesse gegen drei Teilnehmer der Protestdemonstration vom 2.10.1975 vor der "Iberia". Wie kam es zu diesen Prozessen?

Die spanischen Todesurteile im Oktober 1975 lösten in der ganzen Welt Empörung und Protest aus. In Rom, Brüssel, Mailand und Paris wurden die spanischen Botschaften gestürmt, das Inventar zerschlagen, in Lissabon wurde die spanische Botschaft angezündet, ohne dass Feuerwehr oder Polizei eingriffen. In fast allen Städten Europas fanden machtvolle Demonstrationen gegen die Hinrichtungen und für den Sturz des Franco-Regimes statt. In englischen und holländischen Häfen boykottierten die Docker die spanischen Schiffe. Der internationale Bund freier Gewerkschaften rief für den 2.10. zu einem Aktionstag gegen den spanischen Faschismus auf.

Auch in Österreich kam es am 2.10. zu einer gemeinsamen grossen Demonstration der antifaschistischen Kräfte. Wie bekannt zogen nach der Kundgebung auf dem Schwarzenbergplatz rund 1.500 Demonstranten zum spanischen Reisebüro "Iberia". Nachdem die Fensterscheiben des Büros durch Steinwürfe zerschlagen waren, löste die Polizei in drei Angriffswellen die Demonstration auf, wobei bei immer gewalttätigeren "Amtshandlungen" unterschiedslos flüchtende Demonstranten und unbeteiligte Passanten niedergeknüppelt wurden. Während dieser gewaltsamen Räumung wurden schnell noch sieben Personen, die nicht schnell genug liefen (einige von ihnen, weil sie niedergestürzten Demonstranten halfen), festgenommen.

Dreien von ihnen wird seit dem 10. Mai im Wiener Landesgericht wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und wegen Körperverletzung der Prozess gemacht.

Die Widersprüche, die während der Verhandlung von Seiten der Anklage ans Tageslicht traten, sind derart eklatant, dass sie zu einer sofortigen Einstellung der Prozesse ausreichen müssten, wenn es sich um

das handelte, was von der Justiz behauptet wird: Um eine strafrechtliche Verfolgung einiger Bösewichte, die aber losgelöst vom politischen Hintergrund, zur Farce werden muss.

So ergaben sich schon bei der Identifikation der Angeklagten einige Merkwürdigkeiten: Beim Gerichtsverfahren wurde deutlich, dass, als die Verhafteten in den Arrestantwagen geschafft wurden, nie deren Namen oder sonstige Daten aufgenommen wurden. Als alle Verhafteten im Wagen waren, wurde mühsam versucht, eine Reihenfolge in die Arrestanten zu bringen. Ein Angeklagter wurde mehrmals mit verschiedenen Nummern, die die Reihenfolge der Verhaftungen und damit die Delikte zuordnen sollten, bedacht. Der zuständige Beamte erklärte: "Mayer, vom Kommissariat... hat den... festgenommen." Auf Befragen gab er dann allerdings an, dass er nur einige Namen erfahren konnte, "aber in einem solchen Fall habe ich das Gesicht jedes einzelnen auf meinem Zettel beschrieben, und das schliesst jeden Irrtum aus."

Die Identifikation beim Untersuchungsrichter wurde so vorgenommen, dass der zu Identifizierende allein im Zimmer sass und der Zeuge hereingelassen wurde, um ihn zu erkennen. Dabei wurde laut der Name der Angeklagten ausgesprochen. Sogar so klappte es nicht immer.

Beim Angeklagten Anton Matzer gab der Polizist beim Untersuchungsrichter an: "Ich kann mich an den hier heute gegenübergestellten Beschuldigten Anton Matzer zur Zeit nicht mehr persönlich erinnern. Wenn dieser eine Brille trägt, so glaube ich, dass dies damals nicht der Fall war." Der Angeklagte wurde dann weggeschickt, der Polizist blieb beim Untersuchungsrichter. Bei der Verhandlung sah die Zeugenaussage dann so aus:

"Als ich zur Vernehmung zum Untersuchungsrichter kam, fragte mich dieser, ob das jener Herr sei, der mich misshandelt habe, was ich bejahte und gleichzeitig zum Ausdruck brachte, dass mich irgendetwas

an ihm störe, nämlich seine Brille." Und so geht es weiter.

Otto Schell beispielsweise wurde von hinten aus rund 20 Meter zuerst am markanten Gesicht, später an seinen "typischen Bewegungen und an seinen seitlich funkelnden Brillen" erkannt. Einer der Polizisten, die Manfred Hubmann verhafteten, war dann später "bei der Eskortierung des Beschuldigten zum Arrestantwagen nicht dabei".

Während Anton Matzner, von 2 Polizisten an den Handgelenken und Ellbogengelenken mit dem sogenannten "Komm-mit-Griff" festgehalten, mit der dritten Hand einen Polizisten in den Magen geboxt haben soll, wird Otto Schell vorgeworfen, aus 20 Meter Entfernung mit dem Rücken zu den Polizisten stehend, einen Stein über die Schulter auf einen Polizisten geworfen zu haben. Die Körperverletzung, die Manfred Hubmann wiederum dem PWM Pacher zugefügt haben soll (Schienbeinverletzung) konnte von der Anklage überhaupt nicht nachgewiesen werden. Im Gegenteil: Die Ärzte im Wilhelminenspital stellten bei einer Kontrolluntersuchung eindeutig fest, dass keinerlei Verletzung vorgelegen war. Zeuge Pacher konnte zu diesen Widersprüchen nicht befragt werden. Er ist seit der ersten Verhandlung nicht mehr erschienen. Er ging nämlich für 2 1/2 Monate in den Krankenstand.

Bemerkenswert ist auch die Geschichte des Films, der am 3.10. im ZiB 1 und schon in geschnittener Form am selben Tag im ZiB 2 ausgestrahlt worden war. Auf diesem Film ist die Verhaftung und Mißhandlung des Beschuldigten Hubmann (laut ärztlichem Attest: Schädelprellung, Risswunden und Gehirnerschütterung) zu sehen. Die Verteidigung forderte den Film als Beweismaterial an. Er blieb verschwunden. "Dazu wird bemerkt, dass die Filmkassetten nach 4 Wochen gelöscht werden, während die auf Sendung gegangenen Filme aufgehoben werden." So der einzige Kommentartag vom ORF.

Untersucht man die politischen Hintergründe dieses Prozesses, so wird er in seiner Widersprüchlichkeit verständlich als "notwendige" Konsequenz der Politik einer Partei, die eingestandenermassen mit Sozialismus nichts mehr zu tun haben will. Das Interesse der SPÖ-Führung an ungetrübten Handelsbeziehungen (auch zu faschistischen Ländern - siehe Südafrika -, Rhodesienpolitik -) wirft offenbar alle antifaschistischen Bedenken der Sozialdemokratie über den Haufen.

Innenpolitisch drückte sich das ver-zweifelte Ringen Kreiskys um das liberale bis rechtsliberale Lager 2 Tage vor der Wahl ganz offen dadurch aus, dass die antifaschistischen Kräfte Österreichs in beschämender Weise diffamiert wurden, während die internationale Solidaritätsbewegung für die antifaschistischen Genossen in Spanien in anderen Ländern von der Sozialdemokratie offen unterstützt wurde.

Damit wurde auch den linken Kräften in der SPÖ von der Parteiführung klar gezeigt, wo ihre Grenzen sind. Konsequenterweise war daher die erste Reaktion Kreiskys die Androhung eines Parteiausschlussverfahrens gegen alle SP-Mitglieder, die sich an der gemeinsamen grossen Demonstration, eine der grössten antifaschistischen Kundgebungen der 2. Republik, beteiligt hatten. Darüber hinaus wurden Vorerhebungen gegen mindestens 13 Demonstrationsteilnehmer durchgeführt, angefangen von Leuten, die einfach nur von der Staatspolizei bei der angemeldeten Demonstration während des Marsches durch die Mariahilferstrasse beobachtet wurden, bis zu bekannten SPÖ-Funktionären wie Konecny und Hindels.

Konecny wurde nicht angeklagt, da in diesem Fall - weit mehr als bei den drei exemplarisch herausgegriffenen Angeklagten - die Mobilisierung der fortschrittlichen Kräfte auch innerhalb der eigenen Organisation befürchtet werden musste. Der parteiinterne Druck reichte ohnehin aus, um die linken SPÖ-ler auf den rechten Weg zu zwingen.

Die schon sattsam bekannten Anstrengungen der Sozialdemokratie, die Linke in der SPÖ abzuwürgen und die beharrliche Zurückweisung der Vorwürfe von rechts, sozialistische Politik zu machen, ist nur ein Mo-

ment der Konsequenzen der SP-Führung auf die Solidaritätsbewegung.

Durch den Prozess gegen drei Demonstranten, bei denen die Sozialdemokratie keine breitere Solidarität erwartet - zwei der Angeklagten sind keine Mitglieder einer politischen Organisation - soll den Linken eine Lektion erteilt werden. Wenn hier erstmals seit der SP-Regierung durch eine Verurteilung in einem politischen Prozess ein Präzedenzfall geschaffen wird, dann ist der Weg frei, die Linke durch Kriminalisierung in verstärktem Mass zu verfolgen und zu isolieren.

Die Stellungnahmen der linken Organisationen, die von der totalen Ablehnung der "Iberia"-Aktion (von Seiten der KPÖ, bei gleichzeitiger Beteiligung ihrer Mitglieder) bis zur Erklärung der GRM, die Demonstration organisiert zu haben, reichte, zeigen deutlich die Spontaneität dieser Demonstration auf. Und das verschärft die Problematik der Solidarität mit den Angeklagten.

Wir haben die "Iberia"-Aktion kritisiert und wir werden weiterhin spontane Aktivitäten, die aus einem subjektiv fortschrittlichen Bewusstsein entstanden sind auf ihre objektive Bedeutung in der jeweiligen Situation untersuchen.

Wenn aber unorganisierte Linke nach solchen Aktivitäten alleine dastehen, dann hat die Sozialdemokratie genau das erreicht, was sie erreichen wollte: Eine Isolierung der linken Kräfte, eine Verunsicherung der antifaschistischen, demokratischen Bewegung, ein Klima, das jeden einzelnen abhalten soll, öffentlich für eine solche Meinung aufzutreten.

K. Winterstein ★

Solidaritätshilfe:

Für die Finanzierung der Prozesskosten PSK Nr. 6 304 171

Letzte Arena-
meldung

Im der Verhandlung am 7. 9. mit der Gemeinde: Vertagung - Räumung auf mindestens 1 Woche aufgeschoben.

club
links

Bis Donnerstag den
16. 9. 1976 jeden
Donnerstag "JOUR FIXE"

Sonntag, 18. 9. 1976
Eröffnung des Clubbetriebes
mit CLUB-FEST

Freitag, 24. 9. 1976
Diskussion über Schulprobleme
(Prüfungen, Noteengebung,
Möglichkeiten der
Zusammenarbeit
zwischen Lehrern, Schülern
und Eltern)

Samstag, 26. 9. 1976
Politische Möglichkeiten
gegen die
Minderheitenfeststellung

BOOK POWER



HEINZ KOLISCH

LIEBIGASSE 9

43 21 21

1010 WIEN

Fortsetzung von S. 2

Nichtwahl von KPÖ-ern damit, daß das Engagement für die KPÖ nicht genügen sollte, sich einen Sitz im Komitee zu erkaufen. Die "Volksstimme" begehrt den Trugschluß, daß die ungenügende Berücksichtigung von Repräsentanten der SPÖ, KPÖ, Gewerkschaft und Kulturschaffenden, das soziale und politische Spektrum einengen. Sowohl die Besetzer, als auch diejenigen, die mit der Besetzung solidarisch sind, kommen immer mehr aus verschiedenen sozialen und politischen Kreisen. Sie würden sich bald zurückziehen, wenn sie zum Spielball der Parteien werden. Natürlich brauchen wir die Unterstützung von so vielen Kräften als möglich. Wir dürfen uns aber nicht ihre Unterstützung durch Komiteesitzangebote erkaufen.

Kultur ohne Bevormundung

Viele jener Problemkreise, die die Brüchigkeit des Kapitalismus auf besonders krasse Art aufzeigen, werden in der Arena in eigenen Arbeitsgruppen aufgegriffen.

Sogenannte "jugendliche Randschichten" werden in der Gesellschaft verachtet und ausgestoßen und oft gerade dadurch kriminalisiert. In der Arena finden sie Platz zur Selbstdarstellung und da erkennen wir, daß viele der Gründe der Unzufriedenheit uns allen gemeinsam sind und ihr Ghetto-dasein in Wirklichkeit unser Ghetto-dasein ausdrückt.

Sozialarbeiter bemühen sich oft erfolgreich, Jugendliche, die aus Erziehungsheimen ausgebrochen sind oder aus anderen Gründen von der Polizei gesucht werden, menschlichere Alternativen als die Rückkehr in die diversen Heime anzubieten.

Kindererziehung, Frauenprobleme und Wohnen – all jene Probleme, die, da sie nur kollektiv gelöst werden können, die Grenzen unseres gegenwärtigen Systems sprengen und positive Alternativen beinhalten, werden in der Arena aufgegriffen.

Soldaten, die sich gegen die hierarchischen Strukturen im Bundesheer auflehnen, werden solange geschliffen, bis zusammenbrechen. Versuchen sie ihre Probleme in Soldatenkomitees zu behandeln und sich aufzulehnen, wer-

den sie versetzt und mißhandelt. In der Arena ist es möglich, sich zu treffen, miteinander zu reden und Problemlösungen herbeizuführen.

Gleichzeitig erleben wir aber die Schwierigkeiten, die teilweise durch die in uns fest verankerten Denk- und Lebensweisen ausgelöst werden und sich unter anderem in der Isolierungstendenz der einzelnen Arbeitsgruppen äußern. Obwohl diese Tendenz als Selbstschutz erklärbar ist, wirkt die Kritik der anderen dagegen und zwingt uns zu Lernprozessen und Öffentlichkeit.

Da wir erkannt haben, daß ein Weiterbestehen der Arena nur dann möglich ist, wenn breite Teile der Bevölkerung informiert werden und Interesse an einer Mitarbeit finden, müssen wir das Informations- und Kommunikationsnetz der bürgerlichen Öffentlichkeit durchbrechen und in unserer Sprache verserzgleichen zu erreichen versuchen. Vielleicht könnte in Zukunft die "Arena-Zeitung" ein Organ für verschiedenste ähnliche autonome Initiativen sein, diese koordinieren und neue auszulösen versuchen.

"Es muß gewährleistet sein, daß das Wesen der Arena, nämlich die völlig neue und einzigartige Verschränkung der Elemente: Kultur-, Kommunikation und Sozialarbeit erhalten bleibt und diese Verschränkung ist von den architektonischen Voraussetzungen nicht zu lösen. Man braucht ausreichend vorhandene Räume, man braucht eine bestimmte Anordnung der Räume (Dorfcharakter). Beim derzeitigen Zustand des Inlandschlachthofes (das Alternativangebot der Gemeinde) würde heute nur ein Element der Arena bruchlos fortgeführt werden können, nämlich der Ablauf eines Kunstprogrammes, wozu die erwähnenswerten gescheiterten Häuser der Begegnung auch ausreichen würden." Zitat aus einer Resolution des Arena-Plenums, die die Grundlage für die Verhandlungen mit der Gemeinde ist.

Verhandlungen mit der Gemeinde Wien

Auf der einen Seite gab es Strafverfügungen gegen einige Arena-Leute, weil keine Vergnügungs- und Getränkesteu-

ern abgeliefert wurden. (Arena-Veranstaltungen sind kostenlos, Getränke werden auf Spendenbasis ausgeschrieben). Solidaritätsveranstaltungen für die Arena in Wien werden oft nicht mehr genehmigt. Verschiedentlich kommen Magistratsbeamte auf das Arenagelände, um Ultimaten bezüglich sanitärer Anlagen, Elektrizität usw. zu stellen.

Seit einer Woche haben sich auch jene Teile der Gemeindebürokratie, die vorgaben, dem Arenagedanken positiv gegenüber zu stehen, auf eine ultimative Vorgehensweise festgelegt. Das Ultimatum, ein Alternativgelände mit drastisch verschlechterten Bedingungen anzunehmen, zielt auf eine Spaltung der bisher einheitlichen Arenabewegung ab. Unter dem Motto "die Guten rüber, die Bösen raushauen" will sie einmal mehr eine von unten entstandene Initiative abwürgen. Falschmeldungen über Kriminalitätsfälle und der Versuch, die Legalisierungsbereitschaft der Arena in Frage zu stellen, dienen als Vorbereitung einer Isolierung von den Bevölkerungsteilen, die bisher durch ihre Sympathie die Arena getragen haben.

Bisher ist es den Arena-Leuten gelungen, eine einheitliche Antwort zu finden. Die Feststellung der Verhandlungsbereitschaft auch über Alternativen und die Stellung von deutlich ausformulierten Forderungen nach Offenlegung der Planvorhaben für das derzeitige Gelände, nach gleichwertigen Räumlichkeiten und nach längerfristigen Zusagen finanzieller und rechtlicher Art, werden die Gemeinde zwingen, ihre allgemeinen Feststellungen deutlich zu machen.

Die wesentlichen Entscheidungen stehen bei Redaktionsschluß noch aus (6. September 1976, 24 Uhr) – es finden gerade entscheidende Verhandlungen mit der Gemeinde statt. Hier geht es nicht nur um eine Arena, um Kultur, hier geht es darum, ob es den autonomen Bewegungen gelingt, erstmals in Österreich seit langem einen entscheidenden Positionsgewinn zu erzielen.

Die Arena darf nicht sterben!!!
Kommt in die Arena! Helft mit!
Spendet auf das Konto Z 697 366 003.
Solidarisiert euch!

Goldberg/Langbein/Steiner